

Niederschrift
über die
Sitzung des Regionalrates
am 11. Dezember 2008
in Arnsberg

Beginn: 09.30 Uhr
Ende: 12.00 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 11.12.2008

1. Regularien
2. Allianz für die Fläche
 - Vortrag von Herrn Staatssekretär Dr. Schink, MUNLV NRW
3. **Schwerpunktthema:** Neue Aufgabenschwerpunkte der Bezirksregierung Arnsberg im Bereich ländliche Entwicklung
 - InformationVorlage 19/04/08
4. Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr im Regierungsbezirk Arnsberg unter besonderer Berücksichtigung des Ehrenamtes
 - InformationVorlage 20/04/08
5. Förderung/Bauprogramme
 - a) Programme „Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. € Gesamtkosten“ und „Radwegbau an bestehenden Landesstraßen“
 - Beschluss über die Priorisierung von Maßnahmen für das Jahr 2009Vorlage 21/04/08
 - b) Gemeindefinanzierungsgesetz 2009
 - InformationVorlage 22/04/08
 - c) Stadterneuerungsprogramm 2009
 - BeratungVorlage 23/04/08
 - d) Investitionspakt - Programm 2008
 - InformationVorlage 24/04/08
6. Regionalplanung
 - a) Regionaler Flächennutzungsplan
 - Beschluss über die Zustimmung zur Stellungnahme der Bezirksplanungsbehörde im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher BelangeVorlage 25/04/08
 - b) 3. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - westlicher Teil - (Dortmund, Hamm, Kreis Unna), Änderung eines Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) in Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) für zweckgebundene Nutzungen
 - ErarbeitungsbeschlussVorlage 26/04/08
7. Strukturbericht 2008
 - InformationVorlage 27/04/08
8. Mitteilungen und Anfragen

- zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.
- Er begrüßt **Herrn Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung.
- Weiterhin heißt er Herrn **Sommer** als neuen persönlichen Referenten des Regierungspräsidenten willkommen und wünscht ihm für seine neue Tätigkeit viel Glück und Erfolg.
- Als Referenten zum TOP 2 begrüßt er **Herrn Dr. Schink**, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Darüber hinaus heißt er die Vertreterinnen und Vertreter der Presse willkommen.
- Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.
Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Herr Werner Menke** benannt.
- Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
"Der Regionalrat genehmigt die vorliegende Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 18.09.2008."
- zu TOP 2: Die Rede von **Herrn Staatssekretär Dr. Schink** sowie die nachfolgenden Diskussionsbeiträge sind als Anlage II und die zugehörigen Vortragsfolien als Anlage III beigefügt.
- zu TOP 3: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“
- zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“
- zu TOP 5a: Der Regionalrat fasst bei **einer „Nein-Stimme“** folgenden **Beschluss**:
1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
 2. Der Regionalrat beschließt die Prioritätenlisten 2009 für die Programme „Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3,0 Mio. € Gesamtkosten“ und „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen“.
- Zu TOP 5b: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“
- zu TOP 5c: Der Vorsitzende regt an, den Beschlussvorschlag wie in der Vergangenheit unter den Vorlagen 01/01/07 und 09/02/08 zu ergänzen.
- Der Regionalrat fasst bei **3 Enthaltungen** folgenden **Beschluss**:
1. Der Regionalrat stimmt dem Vorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2009 zu.
 2. Der Regionalrat Arnsberg erwartet und bittet im Falle evtl. Mittelrückflüsse die Arbeitsplatz schaffenden Maßnahmen (Interkommunaler Gewerbepark Brilon/Olsberg, Entwicklung des Industriegebietes Lehnscheid VI / Erweiterung Wilden-Nord) prioritär aus der Förderreserve zu bedienen.

zu TOP 5d: Es liegen ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.12.2008 (Anlage IV) und ein Antrag der SPD-Fraktion vom 08.12.2008 (Anlage V) vor.

Der Regionalrat fasst bei **einer Enthaltung** folgenden **Beschluss**:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat Arnsherg fordert die Landesregierung auf, die im Investitionspakt – Programm 2009 – zur Verfügung stehenden Mittel pauschal nach Einwohnerzahl den Bezirksregierungen zuzuweisen; über eine Verteilung der Mittel wird sodann – unter Beteiligung der Regionalräte – in den Regierungsbezirken entschieden.
3. Die im Rahmen des Investitionspaktes geförderten energetischen Maßnahmen verursachen bei den betroffenen Kommunen keine Folgekosten, sondern ermöglichen im Gegenteil nachhaltige Haushaltsverbesserungen. Nothaushalts-Kommunen sollte deshalb die Möglichkeit eröffnet werden, sich um entsprechende Fördermittel zu bewerben und ihren Eigenanteil zum Beispiel über die erzielten Einsparungen oder sonstige Drittmittel abzutragen.

zu TOP 6a: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat schließt sich der Stellungnahme der Bezirksplanungsbehörde zum Regionalen Flächennutzungsplan an.“

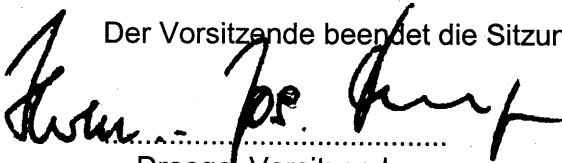
zu TOP 6b: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
1. Die 3. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - westlicher Teil - (Dortmund, Kreis Unna, Hamm) in der Stadt Unna wird entsprechend den Anlagen 1 und 2 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 3 unter den Nummern 1 bis 62 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von 2 Monaten zu der Änderung bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.

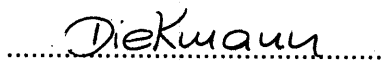
zu TOP 7: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“


zu TOP 8: Es wurden diverse Mitteilungen versandt bzw. verteilt.

Der Vorsitzende verabschiedet **Frau Limberg** und bedankt sich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 12:00 Uhr.


.....
Droege, Vorsitzender


.....
Diekmann, Schriftführerin

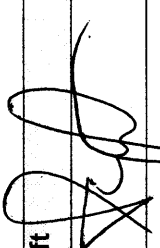

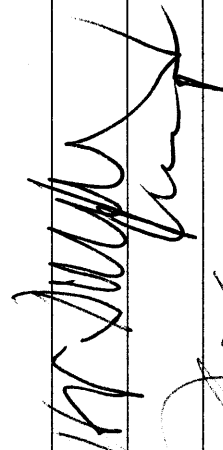



.....
Menke, Ratsmitglied

ANLAGEN

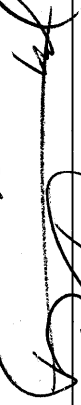



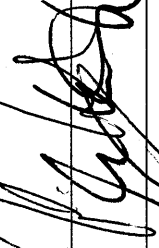
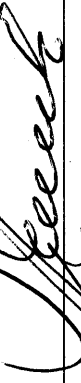

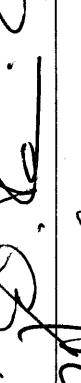
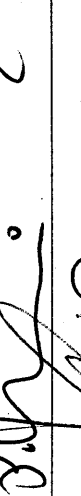


Anwesenheitsliste
für die Sitzung des
Regionalrates
am 11.12.2008
in
Arnsberg

Beginn: 09:30 Uhr
Ende: Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Abel, Roland	7:15	Flöhe Frohku.	
Becker, Horst	7:30	1022	
Beuermann, Bärbel	7:30	Stadt Herne	B. B.
Buderus, Eva-Maria	7:30	1. Frohku	Eva Buderus
Cziehso, Brigitte			
Donschen, Hans-Friedel	8:00	160	
Droege, Hermann-Josef	7:30	228	
Dücker, Victor	8:30	140	
Ewald, Wolfgang		Frankfurt	
Fehlemann, Klaus	8:30	170	K. Fehlemann

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Finke, Ulrich	7:45	Speck Senne	
Fleskes, Heinz-Dieter	7:45	s. Fraktion	
Freisewinkel, Guido	7:45	s. Fraktion	
Giesel, Rainer	7:45	176	
Grzeschista, Michael	7:50	144 km	
Hansen Fred Josef		bekannt	
Henneke, Hans		2 x 84	
Herter, Marc	8:00	s. Fraktion	
Horneck, Wolfgang	8:00	2 x 96	
Kläsgen, Norbert	8:30	92 km	
Knieling, Walter	8:30	110	
Kozlowski, Peter	8:00	s. Fraktion	
Liedmann, Werner	8:30	64 km	
Menke, Werner	8:30	84 km	
Mense, Christel	8:30	66 km	



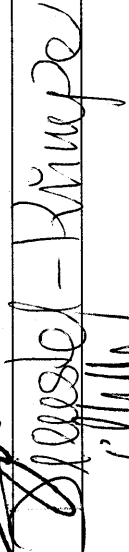
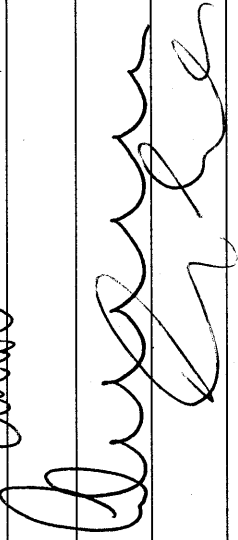
*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Müller, Dieter	siehe	Fraktion	W. Müller
Neuhaus, Ellen	8:00	2 x 72 km	Ellen Neuhaus
Niermann, Guido		2 x 72 km 50	Guido Niermann
Pendzich, Michael	s. Fraktion		
Schiff, Norbert			entschuldigt
Schneeweis, Raymond	8:00	96	
Schnieder, Hubert	8:00	84	H. Schnieder
Schulte, Ludwig	8:50	28 (2 x 14)	L. Schulte
Schwanengel, Norbert	7:15	n. Fraktion	
Weiß, Ursula	7:00	17,90 €	U. Weiß
Werner, Udo	8:00	150 km	U. Werner
Westerwick, Hans-Joachim	7:45	Fraktion	
Wiggermann, Martin	sh. Fraktion		M. Wiggermann
Zeppenfeld, Friedhelm	7:45	2 x 69 km	F. Zeppenfeld

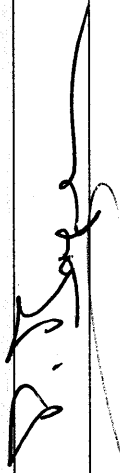

Beratende Mitglieder

Name	Abfahrtszeit	gefahrte km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Baumann, Klaus			
Brunsmeyer, Klaus	8 ⁴⁵	2 x 65	Brunsmeyer
Fischer, Joachim		s. Fr	Fischer
Hemme, Fritz			entschuldigt
Keppeler, Georg	8 ¹⁰	2 x 72	Keppeler
Pechtel, Hans	7 ⁴⁵	s. Fraktion	Pechtel
Rittermeier, Heinz	9.00	s. Fraktion	Rittermeier
Tillmann, Klaus Yongden			entschuldigt
von Buchwald, Werner	8.30	81 km	Werner von Buchwald
Wawrzyniak, Ingrid			
Wobedo, Lothar	8 ⁰⁰	s. Fraktion	Wobedo
Stadt Bochum			
Stadt Dortmund			
Stadt Hagen			

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz


Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Stadt Hamm			
Stadt Herne			
Ennepe-Ruhr-Kreis			
Hochsauerlandkreis			
Märkischer Kreis			
Kreis Olpe			
Kreis Siegen-Wittgenstein			
Kreis Soest	-	-	
Kreis Unna	-	-	

Kommissionsmitglieder, die nicht dem Regionalrat angehören




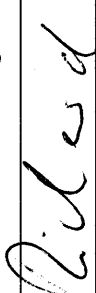
Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Borgmann, Peter	7:45	172 km	
Goesmann, Gritta	8:30	44	


*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Gäste

Name	Unterschrift
Dr. Schink, Alexander Staatssekretär im MUNLV NRW	
Reis, Eckhard MUNLV NRW	

Bezirksregierung Arnsberg

Name	Unterschrift
Diegel, Helmut Regierungspräsident	
Geiß-Netthöfel, Karola Regierungsvizepräsidentin	
Milk, Volker Abteilungsleiter	entschuldigt
Salomon, Christian Abteilungsleiter	
Ewert, Diana Abteilungsleiterin	entschuldigt
Kirchner, Michael Abteilungsleiter	
Richard, Hildegard Bezirksplanerin	

Sommer, Thomas Persönlicher Referent	
Linden, Jörg A. Pressesprecher	
Hellmann, Friedrich-Karl Geschäftsstelle	
Diekmann, Annika Geschäftsstelle	Diekmann
Groß, Elisabeth Geschäftsstelle	gg

TOP 2: Allianz für die Fläche

Rede von Herrn Staatssekretär Dr. Schink zur Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Arnsberg am 11.12.2008 in Arnsberg

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Damen und Herren,

ich befinde mich auf einer Tournee von Werbeveranstaltungen zum Thema „Allianz für die Fläche“. Herr Droege hat ja angesprochen, dass es auch hier im Regierungsbezirk Arnsberg Konfliktfälle mit der Landesregierung und der Regionalplanung gibt – ich will diese Fälle jetzt hier nicht ausbreiten und dazu jedenfalls im Eingangsstatement nichts sagen, aber möglicherweise, Herr Droege, wird ja in der Diskussion Gelegenheit gegeben, auf diese Themen noch einmal einzugehen. Ich möchte Ihnen vielmehr unsere Initiative „Allianz für die Fläche“ vorstellen, die Herr Minister Uhlenberg in den vergangenen Jahren, beginnend im Jahre 2005, auf den Weg gebracht hat. Ich bin zu Ihnen in den Regionalrat gekommen, weil ich denke, dass hier ganz entscheidende Weichenstellungen für die Flächeninanspruchnahme in Nordrhein-Westfalen gestellt werden. Die Regionalräte sind das Gremium, das die Bauleitplanung in den Gemeinden vorweg bestimmt und mit dieser Vorwegbestimmung letztlich den entscheidenden Einfluss darauf hat, inwieweit in der gemeindlichen Bauleitplanung überhaupt Flächen zur Verfügung gestellt werden und wie hier das Thema „Flächen sparen, Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ umgesetzt wird. Von daher sind Sie ja die entscheidenden handelnden Akteure in diesem Spiel. Lassen Sie mich zunächst mit einigen Feststellungen beginnen, die wir in Nordrhein-Westfalen gemacht haben, die aber auch bundesweit gelten.

(Folie 2)

Der erste Satz, den Sie hier schon gelesen haben, ist „Die Flächeninanspruchnahme von Freiraum für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist weiterhin zu hoch“. Es gibt Statistiken über diese Flächeninanspruchnahme, man kann sich jetzt darüber streiten, ob nur die Gebäude- oder nur die Verkehrsfläche einbezogen werden sollte oder ob andere Berechnungsmethoden sinnvoll sind. Hier ist nicht nur die Gebäude- und Verkehrsfläche mitgerechnet worden, sondern es ist die Fläche entsprechend ihrer tatsächlichen Nutzung als Siedlungs- und Verkehrsfläche in die Berechnungen eingegangen.

(Folie 3)

Sie können aus den Statistiken sehen, dass sich seit der Wiedervereinigung die Flächeninanspruchnahme in der Bundesrepublik insgesamt eigentlich nicht wesentlich verändert hat. Es sind ungefähr 115 oder 120 ha, die täglich in Anspruch genommen werden.

(Folie 4)

Sie können sich das Ganze auch für Nordrhein-Westfalen anschauen, dort hat es ebenfalls eine relativ gleichmäßige Flächeninanspruchnahme von täglich 15 ha gegeben. Wir haben hier eine Statistik seit dem Jahre 1991. Sie können auch ganz gut konjunkturelle Ausschläge an dieser Statistik ablesen. Ich gehe einmal davon aus, dass es für das Jahr 2008 möglicherweise eine gewisse Steigerung geben könnte. Das weiß man aber noch nicht so genau, die statistischen Daten liegen noch nicht vor. Wichtig ist an dieser Feststellung, dass es trotz aller Bemühungen, die die Gesetzgeber auf der Bundes- und Landesebene auf den Weg gebracht haben, nicht gelungen ist, die tägliche Flächeninanspruchnahme zu reduzieren, sondern dass wir uns auf einem gleich hohen Niveau der Flächeninanspruchnahme bewegen.

(Folie 5)

Gleich hohes Niveau bedeutet allerdings nicht, dass die Flächeninanspruchnahme gleichmäßig verteilt ist, sondern Sie können aus dieser Karte sehen, dass dort, wo die ganz roten Punkte sind, die Flächeninanspruchnahme besonders groß ist. Zu den Gründen kann man jetzt sicherlich hier aus dieser Karte nichts ablesen. Dort, wo wir die helleren Flecken haben, ist die Flächeninanspruchnahme geringer. Daraus können Sie ersehen, dass wir insbesondere in den boomenden Regionen des Münsterlandes und Ostwestfalen-Lippe eine sehr hohe Flächeninanspruchnahme haben – das Gleiche gilt für die Rheinschiene –, dass aber im Ruhrgebiet die Flächeninanspruchnahme relativ gering ist und dort die Probleme, was die Flächeninanspruchnahme angeht, die geringsten sind. Es ist also ein differenziertes Problem, das sich nicht überall gleichmäßig darstellt. Sie können daran aber auch ablesen, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die damit einhergehende Wohnentwicklung sicherlich zu einer Flächeninanspruchnahme im ländlichen Raum geführt haben. Sie können auch die Suburbanisierungstendenzen, die sich in Nordrhein-Westfalen ja in großem Umfang ereignet und stattgefunden haben, auch an dieser Karte sehr gut ablesen.

(Folie 6)

Wir haben bei uns im Hause ein Internetportal, in dem man sehen kann, wie die Flächenveränderung sich regional darstellt. Das kann man anhand von Luftaufnahmen darstellen und Sie können anhand dieser Karte, die Teile des Hochsauerlandkreises, des Kreises Olpe, des Kreises Soest und des Kreises Paderborn abbildet, sehen, wie sich das Ganze gestaltet hat.

(Folie 7)

Eine Detailkarte aus Arnshagen verdeutlicht die Flächeninanspruchnahme zwischen 1975 und 2005 ganz schön. Diese Karten können Sie flächendeckend auf das ganze Land legen. Sie haben ja eben die Statistik gesehen, wie insbesondere im ländlichen Raum die Flächeninanspruchnahme zugenommen hat. Ich könnte Ihnen jetzt auch Karten aus dem Münsterland, Rheinland oder von woanders zeigen. Sie finden überall ein ähnliches Bild.

(Folie 8)

Man kann das Ganze auch auf den Nationalpark Eifel umrechnen und da kann man sehen, dass dieser jedes Jahr zur Hälfte als Fläche in Anspruch genommen wird, nur damit man einmal ein Bild davon hat, wie groß denn tatsächlich diese jährliche Flächeninanspruchnahme ist. Man kann das auch in Stadtflächen, etwa von Schwerte und anderen, umrechnen, dann hat man, glaube ich, ein ganz gutes Bild, um welche Flächen es denn eigentlich geht, weil es örtlich ja immer nur um relativ kleine Flächen geht, nur in der Summation in Nordrhein-Westfalen haben wir erhebliche Probleme.

(Folie 9)

An diesem Bild kann man auch sehen, wie die Flächeninanspruchnahme auf der „Grünen Wiese“ wirkt. Es sind insbesondere landwirtschaftliche Nutzflächen, die hierdurch in Anspruch genommen werden. Manchmal ist es auch Wald, aber das kommt relativ selten vor.

(Folie 10)

Das Ganze hat erhebliche ökologische Folgen, die sind Ihnen sicherlich bekannt, ich will sie aber dennoch vielleicht einmal nennen: Es geht um Landschaftszerschneidungen, Beeinträchtigung und Zerstörung wertvoller Biotope und der Lebensräume von Tieren, um die Zerstörung der natürlichen Bodenfunktionen und den Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Produktionsflächen. Dies ist im Moment in der Landwirtschaft, wie Sie wissen, ein besonders wichtiges Thema. Eine Flächeninanspruchnahme stößt dort in der Regel nicht auf Akzeptanz. Ob das immer der Fall ist, weiß ich nicht so genau, aber jedenfalls dann, wenn Flächen für Verkehr und für Ausgleichsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, gibt es dort erhebliche Probleme. Ein weiteres Thema ist die Frage der Grundwasserneubildung und der wachsenden Hochwassergefahr. Je mehr Versiegelung, umso weniger Aufnahme- und Speicherkapazität haben wir im Boden und vor diesem Hintergrund ist das sicherlich auch ein großes Problem. Weitere Folgen sind die Beeinträchtigung von Erholungsmöglichkeiten und ein zusätzlicher Verkehr, der letztlich auch zur Klimabeeinträchtigung beiträgt.

(Folie 11)

Ich will jetzt nicht sagen, dass die Überflutung in Dortmund im Juli 2008 ein ausschließliches Resultat der Flächenversiegelung ist, es mag aber sein, dass dadurch auch ein gewisser Beitrag erfolgt ist.

(Folie 12)

Wichtig ist, dass es auch zunehmend ökonomische Probleme gibt. Wir haben uns in unserer „Allianz für die Fläche“ etwas genauer angeschaut, wie das Ganze für die kommunalen Haushalte wirkt. In vielen Kommunalparlamenten bedeuten ja neue Gewerbe- und Siedlungsflächen wegen der kommunalen Verteilung der Finanzen über das GFG und der Anteile an der Gewerbesteuer jedenfalls im Denken immer noch einen Zuwachs an Finanzvolumen und deshalb ist dies sicherlich eine Überlegung, die in vielen Kommunen eine große Rolle spielt. Das Problem ist nur, dass wir bei der absehbaren demographischen Entwicklung, die wir ja heute

in vielen Städten, insbesondere im Ruhrgebiet schon spüren, eine Infrastrukturauslastung haben, die wir auf immer weniger Menschen verteilen müssen und vor diesem Hintergrund ist die Kosten-Nutzen-Relation außerordentlich problematisch und deshalb sollte aus unserer Sicht in jedem Einzelfall gerechnet werden, ob denn eine Flächeninanspruchnahme tatsächlich für die kommunalen Haushalte zu Vorteilen oder nicht zu Nachteilen führt.

(Folie 13)

Wichtig ist dabei, dass die Situation, insbesondere was die demographische Entwicklung angeht, in Nordrhein-Westfalen unterschiedlich ist. Sie ist insoweit unterschiedlich, als wir Wachstumsregionen, auch was den Bevölkerungsanteil und das Bevölkerungswachstum angeht, haben. Das gilt etwa für Köln, Münster, Bielefeld und andere Städte. Wir haben aber auch Schrumpfsregionen, die insbesondere im Ruhrgebiet zu finden sind, nach den Prognosen aber auch hier im Hochsauerlandkreis zu einer Abnahme der Bevölkerung führen werden. Deshalb muss man sich das Ganze, denke ich, sehr differenziert anschauen.

(Folie 14)

Wichtig ist weiter, dass wir erhebliche Belastungen in der Infrastruktur haben. Wir haben hier eine Folie, aus der sich das Verhältnis der Länge des Kanalnetzes zu den angeschlossenen Einwohnern ergibt. Durch die immer weitere Inanspruchnahme von Freiflächen lässt sich feststellen, dass die Länge des Kanalnetzes überproportional zu den angeschlossenen Einwohnern wächst. Dies ist auch ein finanzielles Problem.

(Folie 15)

Häufig ist es auch so, dass die Herstellungskosten von den Folgekosten letztlich geschlagen werden und die Folgekosten sehr viel höher als die Herstellungskosten sind. Auch dies sind Fragestellungen, die man bei dem Thema Flächeninanspruchnahme durchaus berücksichtigen muss und aus unserer Sicht ist dies ein Thema, das in den Kommunalparlamenten in dieser Weise sicherlich noch nicht endgültig angekommen ist.

(Folie 16)

Was soll die „Allianz für die Fläche“, was wollen wir damit erreichen? Ich habe am Anfang gesagt, dass es vielfältige gesetzliche Regelungen zum Thema Flächeninanspruchnahme und Begrenzung der Flächeninanspruchnahme in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen gibt. Was aus unserer Sicht sehr wichtig ist, ist, dass die Problematik in die Köpfe der Entscheidenden hineinkommen muss und dass dies ein Thema sein muss, das bei jeder Entscheidung über Infrastrukturprojekte und die Frage der Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung mit berücksichtigt werden sollte und zwar nicht nur von den Kommunen, sondern auch von anderen, die in dieser Frage erhebliche Verantwortung tragen. Deshalb haben wir diese „Allianz für die Fläche“ als ein Forum gebildet, in dem die Themen, die sich um die Flächeninanspruchnahme ranken, miteinander diskutiert werden sollen und was letztlich dazu dienen soll, Überzeugungskraft für dieses Thema in der breiten Öffentlichkeit, den Kommunen, aber auch bei den Entscheidern, die etwa über großflächige Einzelhandelsbetriebe und ähnliche Fragestel-

lungen in der Wirtschaft entscheiden, zu wecken und dieses nach vorne zu bringen. Sie sehen hier diejenigen, die sich in dieser „Allianz für die Fläche“ auf Initiative von Herrn Uhlenberg zusammengeschlossen haben. Es sind die Städte und Gemeinden über den Städte- und Gemeindebund, die Kreise und der Städtetag. Es sind auch die Regionalräte Münster und Detmold dabei. Die Regionalplanung in NRW wird durch die Bezirksplanerin des Regierungsbezirks Arnsberg, Frau Richard, vertreten. Es ist die Bahn, die ja über erhebliche Reserveflächen in den Innenstädten verfügt, nachdem die Güterbahnhöfe dort überwiegend aufgegeben worden sind. Es sind Universitäten, die Industrie- und Handelskammern und Architekten usw. dabei. Ich denke, dass wir hier ein Forum zusammen haben, das alle diejenigen einschließt, die zu diesem Thema etwas zu sagen haben.

(Folie 17)

Wir machen dies seit Mai 2006 und das Ganze funktioniert fachübergreifend. Wir bemühen uns um einen Dialog und ein konsensorientiertes Vorgehen. Wir orientieren uns an Maßnahmen und stellen fest, es sind immer mehr, die bei diesem Thema mitmachen.

(Folie 18)

Die Ziele sind hier aufgelistet: Es geht darum, ein strategisches und effizientes Flächenmanagement einzuführen. Es gibt einige Modellkommunen, beispielsweise hier in Arnsberg, aber auch in anderen Bereichen, bei denen dies schon auf den Weg gebracht wird. Unser Ziel ist es, dass wir eine möglichst breite Anwendung dieses Flächenmanagements in der Kommune bekommen mit der Zielsetzung, über ein solches Flächenmanagement die Innenentwicklung zu fördern und eine weitere Freiflächeninanspruchnahme auf ein erheblich geringeres Maß, als wir es heute haben, zu reduzieren. Weiter geht es uns um den Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung, die Wiedernutzung von Brach- und Altlastenflächen und die qualitative Aufwertung von Wohnstandorten im Innenbereich, die ja notwendig ist, damit wir es erreichen, dass die Menschen in diesen Wohnstandorten bleiben oder wieder dorthin ziehen. Es geht um den Schutz wertvoller oder empfindlicher Freiräume und Böden und die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins – das hatte ich schon angesprochen – für den Wert unzersiedelter Landschaften und unversiegelter Böden.

(Folie 19)

Auf der Bundesebene hat es eine Beschlussfassung gegeben, bis 2020 die Flächeninanspruchnahme auf 30 ha täglich zu verringern.

(Folie 20)

Diese Beschlussfassung haben die Länder auf Initiative von Herrn Uhlenberg in der Umweltministerkonferenz übernommen. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies einen Zielwert von maximal 5 bis 7 ha täglich gegenüber dem derzeitigen 15 ha-Trend. Herr Droege hat zu Beginn angesprochen, dass dieses Thema Flächeninanspruchnahme ein Thema ist, das vielfältige Interessen berührt. Es berührt in besonderer Weise den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Vor diesem Hintergrund ist natürlich die Frage zu stellen, ob eine Nulloption die

richtige Vorgehensweise ist. Nach unserer Einschätzung ist sie dies nicht, denn wir werden insbesondere auch angesichts des Wandels, den wir in der Wirtschaft haben und der Ansprüche, die sich an den Raum und an die Flächen unterschiedlich darstellen und die sich fortentwickeln, sicherlich notwendige Flächeninanspruchnahmen, insbesondere für gewerbliche Entwicklungen, haben. Dieser Flächeninanspruchnahme soll durch dieses Thema 5 bis 7 ha Rechnung getragen werden. Dasselbe gilt für die Verkehrsentwicklung. Auch hier wird zumindest eine Fortentwicklung der Verkehrsachsen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, notwendig sein, auch dies kostet Fläche. Wir reden im Moment auch darüber, aus der Lärmkartierung Lärmaktionspläne aufzustellen, dort wo wir in besonderer Weise Lärmbelastungen für die Bevölkerung haben. Daraus mögen sich dann auch Straßenplanungen ergeben, um die Lärmbelastung in den Innenstädten und den besonders betroffenen Bereichen zu reduzieren und letztlich ist es so, dass wir sicherlich auch nicht vollständig auf eine Fortentwicklung im Bereich der Wohnnutzung verzichten wollen und können. Hier ist insbesondere in der demographischen Entwicklung ein anderes Wohnbedürfnis festzustellen. Die Anzahl der Einzelhaushalte wächst und die Wohnansprüche verändern sich. Deshalb kann aus dem Thema demographische Entwicklung nicht Eins zu Eins abgeleitet werden, dass wir für die Wohnentwicklung überhaupt keine Fläche mehr brauchen. Was wir natürlich vorrangig vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der veränderten Wohnbedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen müssen, ist, dass wir im Bestand nach Möglichkeit zu Veränderungen kommen sollten. Wer soll sonst in Arnsberg die schönen Einfamilienhäuser zukünftig alle bewohnen? Das gilt für andere Städte in gleicher Weise und das ist sicherlich das oberste Ziel, es ist allerdings festzustellen, dass wir ohne eine weitere Freiflächennutzung sicherlich nicht in Nordrhein-Westfalen zurande kommen können und deshalb ist dieses 30 ha-Ziel, das ich für die Bundesrepublik genannt habe, auf die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens umgerechnet worden und dann kommt man auf diese 5 bis 7 ha, die bis 2020 erreicht werden sollen. Das ist ein hohes Ziel, wenn Sie sich die heutige Flächeninanspruchnahme anschauen. Ich denke aber, dass dieses Ziel insbesondere auch in den Regionalräten mit umgesetzt werden sollte bei der Neuaufstellung von Regionalplänen und der Frage, inwieweit zusätzliche Flächeninanspruchnahme für die kommunale Infrastrukturentwicklung in den Regionalplänen ausgewiesen wird.

(Folie 21)

Das Land hat Schritte nicht nur allein durch die „Allianz für die Fläche“ unternommen, sondern auch in anderer Hinsicht. Der Landtag hat das Landschaftsgesetz geändert und unter anderem die „Natur-auf-Zeit“-Regelung generell eingeführt. Das bedeutet, dass bei der Brachflächeninanspruchnahme, also der Inanspruchnahme brachgefallener Gewerbe- und Industrieflächen, das Thema Eingriffsregelung keine Rolle spielt. Es ist eine Regelung, die man sicherlich aus Sicht der Naturschutzverbände kritisieren kann – Herr Brunsmeier schüttelt schon mit dem Kopf, das hat er auch schon getan, als die Regelung diskutiert worden ist – denn dort

entwickelt sich sicherlich auch wertvolle Natur. Auf der anderen Seite ist der Naturschutz in diesen Fragen häufig ein Hemmnis für eine Wiedernutzung dieser Brachflächen und ebenso wie auf der Bundesebene durch Änderungen des Baugesetzbuches die Wiedernutzung von Brachflächen erleichtert werden sollte, sollte dies auch in Nordrhein-Westfalen durch diese Regelung im Landschaftsgesetz geschehen. Es gibt einen „Bericht zur Stärkung der Freiraumplanung“ aus dem Juni 2007, der in den geänderten LEP eingehen soll. Ziel ist es hierbei, dem Freiraum eine höhere Qualität in der Abwägung zu geben, als dies derzeit der Fall ist. Unser Haus hat dazu auch Vorschläge gemacht, denn heute kann man feststellen, dass landwirtschaftliche Fläche, die ja insbesondere den Freiraum darstellt, über überhaupt keine Abwehrqualität gegen anderweitige Planungen verfügt. Wir meinen, dass dies rechtlich überprüft werden sollte und wir hier den Freiraum gegenüber anderen Inanspruchnahmen auch rechtlich stärken sollten. Dies wird bei der Novellierung des LEP sicherlich ein Thema sein, über das wir uns unterhalten müssen. Der nächste Punkt ist, dass wir uns auf den Weg machen müssen, eine neue Bodenfonds-Konzeption zur Stärkung des Flächenrecyclings auf den Weg zu bringen. Hier werden erhebliche öffentliche Mittel benötigt, um diese Flächen wieder in Anspruch zu nehmen. Es gibt ein Vorbild; das ist der Bahnflächenfonds, bei dem ein rotierender Fonds aufgelegt worden ist mit der Zielsetzung, über einen solchen Fonds möglichst viele Flächen in eine Wiedernutzung hineinzunehmen. Dieses Ziel wollen wir auch gemeinsam mit dem MBV, das dafür federführend ist, erreichen und insgesamt das Flächenrecycling in Nordrhein-Westfalen nutzbar machen. Ich denke, das ist auch ein wichtiges Thema.

(Folie 22)

Wichtig ist weiter, wie ich schon angesprochen habe, die Entwicklung kommunaler Flächenmanagementsysteme. Wir haben in einer ersten Tranche die hier genannten Städte Arnshagen, Bottrop, Emsdetten und Minden gefördert. Wir sind jetzt in einer zweiten Phase, wo sich weitere 12 Kommunen an diesem Thema beteiligen und dort hoffentlich gute Ergebnisse erzielt werden können. Wir gehen davon aus, dass dies dann weitere Verbreitung findet. Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen; man muss ja einmal klein anfangen und dann mit Überzeugungskraft in die Region hinein wirken.

(Folie 23)

Weiteres Thema ist die Frage, wer macht denn das, wer soll sich denn für eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme einsetzen?

(Folie 24)

Ich denke, es ist ganz wichtig, dass die Regionalräte hier eine wichtige und bedeutende Rolle spielen und gerade hier das Bewusstsein dafür da ist, dass wir im Bereich der Flächeninanspruchnahme unsere Ziele neu treffen und neue Zielsetzungen entwickeln müssen, um die Ziele letztlich auf den Weg zu bringen. Hier sind einige Punkte angesprochen, die aus unserer Sicht wichtig sind, um dieses Thema nach vorne zu bringen. Ich will sie hier nicht alle ansprechen, ich denke aber, dass insbesondere auch das Thema regionale Flächeninformationssysteme

teme und Flächenmonitoring eine wichtige Fragestellung darstellt, denn häufig ist es so, dass zu der Frage, wie viel Fläche von wem wann in Anspruch genommen wird, keine genauen Erkenntnisse vorliegen und deshalb auch die Bedarfsentwicklung und die Bedarfsprüfung häufig, glaube ich jedenfalls, nicht die Intensität und Qualität hat, die wir hier angesichts der Thematik in der Flächeninanspruchnahme haben und erwarten können. Wichtig ist eine sorgsame Abwägung der Standortalternativen einschließlich der Umweltprüfung, damit rechtssichere Lösungen auch tatsächlich gefunden werden und ganz wichtig ist, dass nicht mehr Einzelinteressen das ganze Thema bestimmen, sondern ein regionales Gesamtbild und eine regionale Gesamtstrategie verfolgt wird.

(Folie 25)

Deshalb ist aus unserer Sicht auch eine interkommunale Kooperation vorteilhaft, für die wir werben und der wir in diesem Zusammenhang auch große Aufmerksamkeit schenken und große Chancen geben.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine anregende Diskussion mit Ihnen. Vielen Dank!

Diskussionsbeiträge

Herr Droege, Vorsitzender des Regionalrates, CDU-Fraktion:

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär, für Ihren Vortrag. Sie haben eine ganze Menge von Stichworten benannt, die ansatzweise in der einen oder anderen konkreten Entscheidungssituation, die im Regionalrat angestanden ist, auch jeweils zu entsprechenden Diskussionen, manchmal Grundsatzdiskussionen, geführt haben. Ich will gerne, bevor wir in die Diskussion einsteigen, zwei, drei Stichworte noch einmal aufgreifen. Mit der Verabschiedung der letzten Teilabschnittsplanung im Regionalplan Oberbereich Siegen/Olpe waren im Grunde solche Punkte zugespitzt zu entscheiden, beispielsweise hinsichtlich der Frage, wie wir denn eigentlich den Begriff der Fläche verstehen. Ist es diejenige, die überplant, überbaut oder versiegelt wird, die im Geltungsbereich eines Bebauungsplans oder Flächennutzungsplans liegt, inklusiv oder exklusiv der jeweiligen Ausgleichsflächen? Damit sind sicherlich schon Spannbreiten und auch Grundverständnisfragen berührt, die wir nicht heute unbedingt diskutieren müssen, die ich aber nur anreißen will, um deutlich zu machen, dass man eben nicht Äpfel mit Birnen so ohne weiteres vergleichen kann, wenn man denn die Maßgabe von 5 bis 7 ha prinzipiell gelten lässt. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, der sich sowohl in dem eben benannten Teilabschnitt des Regionalplans, glaube ich, sehr positiv darstellt als auch in der Umsetzung im gegenwärtigen Regionalplanverfahren den Bereich HSK/Soest betreffend zu hinterfragen ist, ist die Rückführung der Siedlungsbereiche für Wohnbauflächen. Ich denke, dass wir hier – und im Übrigen in einem erheblichen Konsens mit

den Kommunen – erhebliche Rückschritte und Rückführungen von Flächen vorgenommen haben, die unter demographischen Aspekten sehr wohl und sehr gut begründet aber auch zumindest mit der Teileinsicht einiger Bürgermeister verbunden waren, dass es eben nicht nur darum geht, in dieser Frage Flächen zu sparen, sondern über die Rückführung von Flächen auch soziale Wohlfahrt und sozialen Gewinn zu organisieren, insoweit nämlich, als die Rückkehr von Menschen in die Dörfer mittel- und langfristig zu einer Wohnwertsteigerung der Kommunen, Dörfer, Städte und Gemeinden und der Stadtteile beitragen kann. Das ist der zweite Punkt. Und der Dritte, den wir sicherlich hier und da auch kontrovers in Zukunft diskutieren werden und müssen, ist, inwieweit diese Flächenvorgabe – Sie haben es in dem einem oder anderen Punkt schon angedeutet – mit einer gewissen Maßstäblichkeit teilregional zu diskutieren ist, nämlich insoweit als in manchen Teilen des Landes naturgemäß Brachflächen zur Verfügung stehen, die vorgenutzt oder teilversiegelt waren und wo es sicherlich unter Schutz von naturräumlichen Gegebenheiten sinnvoll ist, solche vorinanspruchgenommenen Flächen eher zu aktivieren und zu nutzen als diejenigen Flächen, die sich heute womöglich in naturbelassenem Grün darstellen. Aber es gibt natürlich auch Räume, in denen Entwicklung in welcher Hinsicht auch immer stattfindet und solche Brachflächen einfach nicht zur Verfügung stehen und wo dann eben diese Frage der Maßstäblichkeit und der situationsangepassten und situationsentsprechenden Planungsbedürftigkeit vielleicht auch mit einer sehr kritischen Fragestellung dahinter zu diskutieren ist, was die Nutzung von Fläche anbetrifft. Ich denke, diese zwei, drei Hinweise machen noch einmal deutlich, in welcher konkreten Betroffenheit sich der Planungsrechtsgeber dann eben befindet, sei es die Ebene der Regionalplanung und damit auch der Regionalrat als eben auch die Umsetzung in der konkreten Bauleitplanung, die im Grunde ja auch wiederum diese Fragen aufwirft, die nicht unbedingt ideologisch diskutiert werden müssen, die in aller Regel aber sehr grundsätzlich angelegt sind. Ich möchte damit fragen, wer sich im Übrigen hier gerne an der Diskussion beteiligen möchte. Ich bitte um Wortmeldungen.

Herr Dücker, Vorsitzender der FDP-Fraktion:

Herr Staatssekretär, Herr Regierungspräsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, der Vortrag war wie zu erwarten sehr interessant, aber gleichzeitig auch für mich kontrovers. Einmal ist man als jemand, der in einer Stadt mit Nothaushalt agiert, natürlich auch gezwungen, neues Gewerbe anzusiedeln und damit auch Flächen zu verbrauchen. Gleichzeitig haben wir aber auch sehr viele Brachflächen, die vormals industriell genutzt wurden und jetzt mit großen Schwierigkeiten sozusagen rekultiviert werden müssen, während wir aber im Nothaushalt stecken. Dann wird ersichtlich, dass das, was Sie, Herr Staatssekretär, uns hier vortragen haben, zunächst einmal sehr gut klingt, auch so, dass wir sagen, wir müssen in dieser Art und Weise praktisch vorgehen, um unsere Umwelt zu schützen. Gleichzeitig stehen wir dann aber vor der Aufgabe, dass wir unseren Bürgern auch Arbeitsplätze und Wohnumfeld

darstellen müssen und gleichzeitig sind Kommunen, denen es wirtschaftlich nicht gut geht, gezwungen, Gewerbe anzusiedeln, damit sie davon wenigstens noch etwas Gewerbesteuer bekommen. Ich denke, dass das, was Sie hier vorgetragen haben, insgesamt insofern zu kurz gefasst ist, als dass Sie den Kommunen keine wirkliche Hilfen zukommen lassen. Wir müssen neben der interkommunalen Zusammenarbeit auch die regionale Zusammenarbeit stärken, aber gleichzeitig den Kommunen ein anderes Instrument in die Hand geben, nämlich eine andere Finanzierung ihrer Aufgaben. So wie es zur Zeit läuft – und jetzt kommen wir zu meinem Lieblingsthema –, dass Kommunen überwiegend von Gewerbesteuereinnahmen abhängig sind, ist eine Sackgasse. Das führt nämlich dazu, dass wir egoistisch auf unsere Fläche gucken und zusehen, wo wir noch erweitern und Gewerbe ansiedeln können. Ich denke, dass man hier vom Land und auch vom Bund her endlich eine andere Gemeindefinanzierung anvisieren muss, um diese Probleme auf eine breitere Basis zu setzen und durch die andere Finanzierung auch wirkliche interkommunale Zusammenarbeit ermöglichen zu können. Die projizierte Rückläufigkeit von den kleineren ländlichen Kommunen hin zu den Städten wird sicherlich in den nächsten 10 Jahren passieren, aber auch das kann ja nur dann so geschehen, wenn wir die alten, gewachsenen Strukturen in den größeren Städten aufreißen und mit Grünflächen usw. bestücken, damit sie überhaupt interessant werden. Auch dazu brauchen die Kommunen Mittel, sodass ich zunächst einmal das, was Sie heute vorgetragen haben, für einen recht guten und interessanten Einstieg halte, aber um das wirklich zu verwirklichen, brauchen wir eine ganz andere Konzeption.

Herr Brunsmeier, BUND, Vertreter der Naturschutzverbände:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, zunächst einmal auch von mir der herzliche Dank für den Vortrag. In vielen Punkten spricht er mir natürlich sehr aus der Seele. Ich denke, der Staatssekretär kann sich vielleicht auch daran erinnern, dass wir uns bei der Regierungserklärung 2005 sehr darüber gefreut haben, dass das Thema Freiraumschutz und „Allianz für die Fläche“ ein Beitrag in der Regierungserklärung war und dass das auch von den Naturschutzverbänden sehr begrüßt wurde und wir freuen uns auch, dass Sie an dem Thema drangeblieben sind. Ich denke, Sie haben zu Recht gesagt, dass der Flächenverbrauch weiterhin zu hoch ist, was die Zahlen auch deutlich gemacht haben. Wir sind uns eigentlich einig, dass das Problem, das wir eigentlich haben, das ist, was tatsächlich passiert und da stellt sich natürlich auch die Frage nach der „Allianz für die Fläche“. Ich glaube vom Grundsatz her erst einmal, dass es richtig war und auch ein richtiger Weg ist, mit denen ins Gespräch zu kommen, die tatsächlich für diese Vorgänge zunächst einmal verantwortlich sind und das sind die Städte und Gemeinden vor Ort, die mit ihrer Bauleitplanung, denke ich, diese Sachen im Wesentlichen vorantreiben. Aber Sie haben natürlich auch zu Recht den Regionalrat und letztendlich natürlich auch die Landesregierung angesprochen. Sie haben es als Staatssekretär des Umweltministeriums angespro-

chen und Sie sind eigentlich gar nicht zuständig für diese Entwicklungen und das ist auch ein Problem in dieser Sache. Die Landesplanung ist inzwischen im Wirtschaftsministerium (meiner Einschätzung nach fast untergetaucht), die Städtebauförderung läuft über das Bauministerium, also auch nicht über das Umweltministerium, und da ist es sehr, sehr wichtig, dass sich diese Ansätze des Umweltministeriums im tatsächlichen Verwaltungshandeln und im tatsächlichen politischen Handeln irgendwo wieder finden und auch irgendwo wahrnehmbar sind. Es wäre natürlich sehr schön, wenn in den beiden Genehmigungen von wieder neuer Flächeninanspruchnahme auch einmal stünde, dass das Umweltministerium sich dem widersetzt hat und dieses nicht genehmigt wurde, das würde mich an dieser Stelle einmal sehr freuen. Ich möchte deswegen auch ermuntern, dass die Landesregierung bei ihrer bisherigen Haltung, nämlich mit Städtebauförderungsmitteln keine Industriegebiete auf der „Grünen Wiese“ herzuführen, standhaft bleibt, also die dringende Bitte – es liegt ja auch ein aktuelles Beispiel im Regierungsbezirk Arnsberg vor – bei dieser Städtebauförderung von Gewerbegebieten auf der „Grünen Wiese“ jetzt auch einmal endlich standhaft zu bleiben und dafür keine Städtebauförderungsmittel mehr auszugeben. Ich fand das auch eben richtig und wichtig, was Herr Dücker gesagt hat, das war bemerkenswert und das habe ich jetzt einmal mit großem Interesse gehört. Es liegt aus meiner Sicht auch eine große Chance in indirekten Punkten, die zum Flächenverbrauch führen, wir haben ja erst vor wenigen Tagen die Entscheidung zur Pendlerpauschale gehört. Ein Punkt ist, dass in der Darstellung von Wohnraumbedürfnissen inzwischen ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Der angebliche Neubedarf pro Person von Wohnraum resultiert nicht daraus, dass Menschen gern größere Räume in Anspruch nehmen, sondern aus der demographischen Entwicklung, dass immer weniger ältere Menschen auf immer größeren Räumen leben. Das sind keine Wohnraumbedürfnisse, sondern inzwischen Wohnraumprobleme, die sie haben, weil sie mit ihren 140 oder 200 qm gar nicht mehr zu recht kommen. Das Zweite ist, dass wir auch im Regionalrat Ansatzmöglichkeiten haben, zum Beispiel durch den Investitionspakt die Innenentwicklung zu stärken. Ich würde vorschlagen, dass beim Investitionspakt einmal darüber nachgedacht wird, ob dies nicht von einem freiwilligen Wettbewerb öffentlicher Gebäude kommunaler Einrichtungen zu einer Teilnahmepflicht werden könnte, auch im Hinblick auf die Entscheidung der Bundesregierung, dass erhebliche Mittel zur Gebäudesanierung und energetischen Optimierung zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, es wäre wirklich an der Zeit, jetzt auch die planerischen Voraussetzungen zu schaffen, dass für eine wirklich gezielte und gute Innenentwicklung Konzepte und Mittel zur Verfügung stehen. Gerade die gezielte Innenentwicklung und die optimale energetische Entwicklung innerer Bereiche werden genauso stark dazu beitragen, Herr Dücker, wie die steuerlichen Veränderungen, dass die Menschen eben nicht nur auf die „Grüne Wiese“ ziehen, sondern sich auch in den Städten wieder wohl fühlen. Ich glaube auch, dass es sehr, sehr wichtig wäre, dass für diese Planungen und Konzepte und auch für die Mittelvergabe die Regionalräte wieder Kompetenzen bekämen, d. h. also dass die Mittel der Städtebauförderung und des

Investitionspaktes nicht den Regionalräten zur Kenntnis gegeben werden, sondern dass die Regionalräte darüber auch beraten und in ihren Regionen auch so ausgleichen, wie sie es angesprochen hatten, zwischen den Kommunen wirken und diese Mittel dann auf regionaler Ebene verteilen, also hier ein Plädoyer für die Stärkung des Regionalrates. Abschließend möchte ich sagen, dass es richtig und wichtig ist, den Flächenverbrauch zu stoppen und zurückzuführen und wir werden alle Schritte dafür tun, aber es ist klar, dass es inzwischen genauso wichtig und vielleicht sogar noch wichtiger ist, dass wir uns um den Rückbau kümmern. Wenn wir mit offenen Augen durch die Länder fahren, sehen wir wie die Gebäude leer fallen und die Innenstädte leer stehen und ich glaube, je früher wir anfangen, den Rückbau zu organisieren und je schneller wir uns von solchen veralteten Konzepten – Herr Dücker und da habe ich eine andere Meinung als Sie, dass wir mit Neubauten auf der „Grünen Wiese“ Probleme lösen – verabschieden, umso schneller sind wir in der Zukunft vorn. Insofern wäre es jetzt wirklich vielleicht auch an der Zeit eine „Allianz für die Innenentwicklung“ auf den Weg zu bringen, denn ich glaube, da liegt eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Vielen Dank!

Herr Knieling, CDU-Fraktion:

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Schink, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich glaube, im Wesentlichen besteht in dieser Runde Konsens für die Thesen, die Sie hier vorgetragen haben. Wir sind uns einig, dass eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme notwendig ist. Sie haben aber auch auf die differenzierte Betrachtungsweise hingewiesen, die natürlich auch berücksichtigt werden muss und damit könnte man ein wenig in Widerspruch zum Kollegen Brunsmeyer stehen, zu dem wir ja sonst ein gutes Verhältnis haben und in breiten Themenbereichen übereinstimmen, aber es ist klar, dass wir hinsichtlich der ökologischen Folgen versuchen müssen, zu sinnvollen Kompromissen zu kommen. Sie haben von der demographischen Entwicklung in diesem Land gesprochen, ich möchte aber darauf hinweisen, dass es ja auch da gerade heute wieder neue Aspekte gibt. Nach den jüngsten Erhebungen ist das Land Nordrhein-Westfalen ein junges Land verglichen mit den anderen Bundesländern und die Entwicklungen, die wir im demographischen Bereich in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahrzehnten erleben werden, sind nicht so einfach vorauszusehen. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Thema, das wir hier im Regionalrat auch immer in den Vordergrund gestellt haben. Das muss auch ein Thema der Zukunft bleiben. Sie haben noch auf einen Aspekt hingewiesen: Fortentwicklung der Verkehrsachsen. Das ist ein ganz wichtiges Thema gerade für dieses bevölkerungsreiche Land Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen hier eine Weiterentwicklung, die jedoch auch einen Flächenbedarf erforderlich machen wird, das dürfte ganz klar sein. In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, Sie haben ja auch die Bahn AG erwähnt, wenn man sich die riesigen Brachflächen ansieht, die wir in Nordrhein-Westfalen auf den alten Bahngeländen haben, muss hier schnell eine Lösung gefunden werden. Wir suchen

händeringend im Bereich des Dortmunder Hafens nach Erweiterungsmöglichkeiten, hier würden ungenutzte Bahnflächen zur Verfügung stehen, aber eine schnelle Realisierung, um in die Inanspruchnahme dieser Flächen zu kommen, ist nicht in Sicht. Das Gleiche gilt auch für die Industriebrachen, die wir gerade im Ruhrgebiet in einer unendlich großen Fülle haben, aber hier scheidet es einfach an der Schnelligkeit; hier muss schneller gearbeitet werden, um diese Flächen nutzbar machen zu können. Und was ganz nett war und von uns natürlich auch begrüßt wurde in der Vergangenheit, war die Kompetenz des Regionalrates. In die Zukunft geblickt, frage ich mich natürlich, ob die Organisation, die jetzt viele Kompetenzen des Regionalrates Arnsberg beispielsweise übernehmen soll, überhaupt in der Lage ist, diese Kompetenz auch wirklich zu übernehmen. Herzlichen Dank!

Herr Droege, Vorsitzender des Regionalrates, CDU-Fraktion:

Ich denke, es besteht durchaus ein gewisser Konsens, dass die Skepsis, die Sie gerade in der letzten Frage angedeutet haben, nicht nur eine Skepsis ist. Wir könnten diese Frage auch schon fast beantworten.

Herr Pendzich, Vorsitzender der SPD-Fraktion:

Herr Dr. Schink, herzlichen Dank für Ihre interessanten Ausführungen. Das ist ja, wenn ich das richtig sehe, keine Erfindung dieser Landesregierung; vielleicht ist der Titel neu „Allianz für die Fläche“, aber das Ziel der Rückführung der Flächenversiegelung, ist ein Ziel auch der vorhergehenden Landesregierungen gewesen. Also ich kann mich zumindest entsinnen, dass wir mit dem damaligen Landesplaner schon einmal sehr intensiv in trauter Runde über dieses Thema gesprochen haben und es blieb ja damals auch nicht nur bei der trauten Runde, sondern das ist auch offensiv von der damaligen Landesregierung vertreten worden. Wenn ich mir angucke, was seither erreicht worden ist und auch was von dieser Landesregierung erreicht worden ist – Sie haben ja die Zahlen gleich am Anfang Ihres Vortrages gezeigt und an die Wand geworfen – dann beschleicht mich schon so ein bißchen der Verdacht, dass das Ganze ein, wie man so schön sagt, ziemlich „zahnloser Tiger“ ist. Auch die Einigkeit, die wir heute hier über alle Fraktionen hinweg haben, bestärkt mich in dem Verdacht, dass das alles sicherlich im Großen und Ganzen ein Ziel ist, das man gemeinsam anstreben kann, aber dass es problematisch wird, wenn es ins Detail und an den Einzelfall geht. Herr Droege hat am Anfang schon in einem Nebensatz darauf hingewiesen, dass wir uns hier im Regionalrat natürlich auch mit diesen Problemen in der Vergangenheit befasst haben. Herr Brunsmeier, Sie haben dieses schöne Beispiel genannt mit der 140 bis 200 qm-Wohnung, die dann von einer Person genutzt wird, weil sie leer steht. Das ist natürlich richtig, nur wenn diese Wohnung in Dortmund liegt beispielsweise, dann nützt das natürlich einer Gemeinde in Olpe, die dringend Wohnraum für zuziehende Leute sucht, recht wenig. Also das Problem, das wir da haben, ist, dass wir eine Fehlallokation von Flächen haben, d. h. wir haben Flächen, die recycelt werden

können in den Ballungsgebieten und wir haben möglicherweise an der einen oder anderen Stelle zusätzlichen Bedarf in der Fläche und für mich ist die spannende Frage, Herr Dr. Schink und da wäre ich vielleicht noch einmal für eine Antwort dankbar, wie sollen wir denn an dem Ziel, das Sie an die Wand geworfen haben gemessen, diesen Interessen der Fläche Rechnung tragen? Wie soll das abgefedert werden gegenüber dem, wie ich ja finde, auch berechtigten Ziel, das wenn ich das richtig sehe, auch von allen unterstützt wird, den Flächenverbrauch zurückzuführen? Da wäre ich schon einmal interessiert, was die Landesregierung sich vorstellt, wie man es da nicht nur bei unverbindlichen Vorgaben lässt, sondern konkrete Hilfestellung in der Region und vor Ort leisten will. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, den ich ganz kurz ansprechen will, Sie haben das so in einem Nebensatz erwähnt und auch bildlich gemacht, ist der Begriff des Flächenmonitorings, da bin ich allerdings völlig bei Ihnen, wenn ich sage, das ist in der Tat etwas, was wir verstärkt in Anspruch nehmen müssen in Zukunft. Wir haben gerade vor Kurzem eine Runde mit Umweltverbänden gehabt, wo wir uns mit der Fraktion und den Umweltverbänden einmal über die anstehenden Aufgaben im Bereich der Regionalplanung hier in unserem Bereich unterhalten haben und haben in dem Zusammenhang auch in der Tat darüber diskutiert, dass wir eigentlich gar nicht so genau wissen, was mit unseren Regionalplänen passiert und wie die umgesetzt werden. Das ist ein spannendes Problem, darauf werden wir in Zukunft auch verstärkt Augenmerk richten, dass wir in der Region beobachten, was mit den Regionalplänen vor Ort eigentlich tatsächlich gemacht wird. Schönen Dank!

Herr Droege, Vorsitzender des Regionalrates, CDU-Fraktion:

Ich kann Ihnen vorab andeuten, dass beispielsweise die Frage des Flächenmonitorings eine wesentliche Forderung der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern sein wird bei der Diskussion eines Beitrags zum neuen LEP 2025. Ich glaube, dass der Zug der Zeit in die Richtung geht und dass man daran überhaupt nicht mehr vorbeikommen wird.

Herr Staatssekretär Dr. Schink:

Herr Droege, meine Damen, meine Herren, ich fange dann einmal mit dem an, Herr Droege, was Sie gesagt haben, weil es, glaube ich, auch in den Diskussionsbeiträgen, die danach gekommen sind, einer der Kernpunkte ist, über die man sich unterhalten muss. Das ist das Thema regionale Sicht und nicht überall die gleichen Maßstäbe anzulegen und dann die gleichen Entwicklungen anzustoßen. Es ist ja insbesondere im Regierungsbezirk Arnsberg mit seiner sehr gemischten Siedlungs-, Bevölkerungs-, Industrie- und Verkehrsstruktur notwendig, dass man genau hinschaut, wo man ist, wo welche Bedarfe oder keine Bedarfe bestehen, wo Notwendigkeiten des Rückbaus bestehen, die meines Erachtens aber keinesfalls in den Innenstädten stattfinden sollten und wo vielleicht eine weitere Siedlungsentwicklung über Freiflächen nicht mehr notwendig ist. Das muss man regional betrachten und deshalb haben wir

dieses Thema, das in der Tat ja kein neues Thema ist, denke ich, auch etwas anders angegangen. Die vorherige Landesregierung hat ja, wie ich aus meiner früheren Tätigkeit noch weiß, seinerzeit das so genannte „Nullsummenkonzept“ in die Diskussion gebracht. Dieses Nullsummenkonzept hätte bedeutet, dass überall die gleiche Entwicklung hätte stattfinden müssen, nämlich im Sinne eines „Nullsummenspiels“. Das ist aus unserer Sicht ein nicht zutreffender Ansatz, weil die wirtschaftliche Entwicklung, die Siedlungs- und die Verkehrsentwicklung nicht überall gleichmäßig stattfindet, sondern es dort erhebliche Differenzierungen gibt. Dieser Differenzierung muss auch in der Frage der Flächenentwicklung Rechnung getragen werden und das ist unser Ansatz. Die Frage ist, wie setzen wir das um? Da hat Herr Brunsmeier auf einen Punkt hingewiesen, der für unser Haus wichtig ist. Seit Frau Höhn dort Umweltministerin war, gehört die Landesplanung nicht mehr zu den Aufgaben des Umweltministeriums, sondern ist jetzt im Wirtschaftsministerium angesiedelt und deshalb ist unser Haus nicht dasjenige, das an der entscheidenden Schaltstelle für das Thema Flächeninanspruchnahme sitzt; dies ist das Wirtschaftsministerium mit der Zuständigkeit für die Landesplanung. Was unser Haus tun kann, ist zweierlei. Wir können die Instrumente, die wir haben, dafür nutzen, die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren. Ich habe auf ein Beispiel aus dem Bereich des Landschaftsgesetzes hingewiesen, es gibt auch noch andere Beispiele, auf die ich hinweisen könnte. Aber was für uns besonders wichtig ist, ist Folgendes: Wir haben eine Rechtsentwicklung und eine Entwicklung in der Regionalplanung, die nunmehr das Thema Bodeninanspruchnahme seit 20 Jahren begleitet. In allen Gesetzen, die etwas auf sich halten, insbesondere in allen Planungsgesetzen finden Sie den schönen, hehren Grundsatz „Mit Grund und Boden ist sparsam umzugehen“. Das steht im Baugesetzbuch seit Anno Tobak, es steht im Landesplanungsgesetz und im Raumordnungsgesetz, es steht in den Verkehrsgesetzen, überall finden Sie diesen Satz. Die entscheidende Frage, auf die es ankommt, ist diesen Satz nun ernst zu nehmen, denn eines geht angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung, der Siedlungsentwicklung und der Verkehrsentwicklung nicht: Dass man diesen Satz zum obersten Leitsatz macht; er muss sich in der Abwägung mit anderen Zielen, die verfolgt werden, messen. Damit er sich messen kann, muss er auch ein Gewicht haben und dieses Gewicht findet nicht theoretisch statt, sondern es findet im Denken, in den Köpfen der Entscheider statt. Das ist unser Ansatz. Wir wollen das Denken verändern und über unsere „Allianz für die Fläche“ das Ganze in die Köpfe der Entscheider sehr viel stärker als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, hineinbringen. Dazu gehört, dass die Probleme, die eine Flächeninanspruchnahme mit sich bringt, verdeutlicht werden und dass wir Initiativen entwickeln, dies auch tatsächlich an die Entscheider, insbesondere in den Kommunen und den Regionalräten, aber auch bei denen, die zum Beispiel über kurzfristige Investitionen, wie Möbelmärkte, Kinos und ähnliche Geschichten entscheiden, heranzubringen und davon zu überzeugen, dass dieser Weg unter den heutigen Rahmenbedingungen und wegen der ökologischen und ökonomischen Folgewirkungen nicht mehr der richtige ist. Ich denke, dies ist ein Ansatz, der in der

Vergangenheit nicht so auf den Weg gebracht worden ist und der, so glauben wir, erheblich dazu beitragen kann, die Flächeninanspruchnahme zu verringern. Der andere wichtige Punkt ist, dass das natürlich auch seinen Niederschlag im Landesplanungsrecht und in den Regionalplänen haben muss. Deshalb werden wir uns bei der Diskussion um den LEP, der ja jetzt demnächst das Licht der Welt erblicken soll, über Fragen unterhalten müssen, die man wie folgt konkretisieren kann: Sind die alten Maßstäbe zur Bedarfsmessung noch zeitgemäß? Müssen wir dem Freiraum über unsere Zielsetzung nicht ein stärkeres Gewicht geben? Wie sieht es aus mit dem Flächenmonitoring sowohl auf der Gemeindeebene als auch der regionalen Ebene als auch der Landesebene? Und weitere Fragen stellen sich. Ich denke, dass wir mit dem Thema Flächeninanspruchnahme und mit den Instrumenten, die wir dazu entwickeln müssen, noch lange nicht am Ende sind. Für uns im Umweltministerium ist der LEP eine ganz entscheidende Weichenstellung. Hier wird es darauf ankommen, die Ziele so zu setzen, dass es uns tatsächlich gelingt, diese Reduzierung der Flächeninanspruchnahme bis 2020 zu erreichen, zugleich aber auch die Siedlungsentwicklung, die veränderten Bedürfnisse der Bevölkerung und die Verkehrsentwicklung nicht zu blockieren. Das ist auch nicht so ganz einfach, man könnte sagen, das ist dann die landesplanerische Quadratur des Kreises, dies hinzubekommen. Ich denke aber, dass diese Landesregierung dieses Thema sehr beherzt und sehr intensiv anpacken wird, um dies auf den Weg zu bringen. Herr Dücker hat mit dem Thema Kommunalfinanzen einen Punkt angesprochen, der auch aus unserer Sicht wichtig ist, nämlich die Frage, wie es mit dem Gemeindefinanzsystem aussieht und ob nicht eine Änderung im Gemeindefinanzsystem her muss, um die Entscheidungsstruktur in den Gemeinderäten zu verändern. Ich habe ja lange bei einem kommunalen Spitzenverband gearbeitet und diese Diskussion über Jahre begleitet. Ich kann mich gut daran erinnern, dass es insbesondere der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund gewesen sind, die sich einer Änderung des Gemeindefinanzsystems und einer Umstellung des Gemeindefinanzsystems weg von der Gewerbesteuer heftigst – um es vorsichtig auszudrücken – widersetzt haben. Ich kenne die Hauptgeschäftsführer beider Verbände auf der Bundesebene sehr gut und kenne auch die Entscheidungsstrukturen und weiß darum, dass das ja nicht ohne Grund, sondern deshalb geschehen ist, um die Einnahmesituation in den Städten dauerhaft zu sichern und auf ein verlässliches Finanzierungsinstrument zu bauen. Ich sehe im Moment keine Diskussion darüber, dass die Alternativen, die etwa über Zuschläge auf die Einkommenssteuer und ähnliche Bereiche gegangen sind, so fortentwickelt worden sind, dass eine neue Diskussion an die Stelle tritt und deshalb ist das wünschenswert, aber ich sehe keine realistische Chance unter den jetzigen Rahmenbedingungen, dass wir hier zu einer Veränderung kommen. Vor diesem Hintergrund kann man über solche Fragen sicherlich nachdenken genauso wie über die Pendlerpauschale, die ja Herr Brunsmeier in die Diskussion gebracht hat. Das wären sicherlich richtige und wichtige Instrumente, nur können wir uns den Instrumenten-Mix nicht wünschen, sondern es muss auch realisierbar und realistisch sein und beide Aspekte halte ich unter den jetz-

zigen Rahmenbedingungen nicht für realistisch. Wenn das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, wie mit der Pendlerpauschale umzugehen ist, weiß ich nicht, ob die Politik auf der Bundesebene wirklich die Anstrengungen unternimmt im Sinne einer Reduzierung des Flächenverbrauchs die Pendlerpauschale abzuschaffen und dies vor dem Hintergrund, dass die Kosten gestiegen sind. Diese sind jetzt zwar wieder gefallen, aber Sie wissen alle, dass dies politisch ein schöner Wunsch ist unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung der Freiflächeninanspruchnahme, der aber nicht die Chance einer Realisierung hat. Deshalb meinen wir, man müsste sich auf die Punkte konzentrieren, die wirklich realisierbar sind. Dass dabei das Investitionspaket und insbesondere hier die energetische Gebäudesanierung auch für die Reduzierung des Flächenverbrauchs eingesetzt werden kann, liegt auf der Hand, denn wir müssen ja auch unsere Innenstädte und den Wohnungsbestand so renovieren und erneuern in den Innenstädten, dass die Menschen auch bereit sind, dort zu wohnen. Da kann man über ein solches Programm, wenn man es geschickt und intelligent einsetzt, mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das gilt auch für die Lärmentwicklung, es gilt für alle möglichen Fragestellungen, die man mit einem solchen Investitionsprogramm letztlich abarbeiten kann und da ist es sicherlich eine Aufgabe, die in der Landesregierung, aber ich glaube auch vor allem vor Ort erledigt werden muss, das dann auch tatsächlich so auf den Weg zu bringen. Was die demographische Entwicklung angeht, so ist es sicher so, dass diese nicht konkret und in ihren Einzelheiten voraussehbar ist und auch Vieles von der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Regionen abhängt. Es gibt aber nur Zahlen, die seit Langem von den statistischen Landesämtern und von anderen entwickelt worden sind und die uns jedenfalls eine ungefähre Zielsetzung in der demographischen Entwicklung vorgeben. Das Thema Freiflächenentwicklung und Freiflächeninanspruchnahme ist für mich auch ein Thema, mit dem man einer demographischen Entwicklung gegebenenfalls entgegenwirken kann, denn eine Schonung der Freiflächen bedeutet, dass gleichzeitig die Innenentwicklung und die Qualität und Attraktivität der Innenstädte gesteigert werden müssen. Wenn dies gelingt, dann mag dies auch ein Grund sein, die Menschen in den Städten zu halten bzw. auch einige rückkehrwillige Ältere dazu zu bewegen, aus der Peripherie wieder in die Städte zu ziehen. Ich denke, dass da mehrere Aspekte zusammenwirken und dass dies, glaube ich, sehr wichtig und notwendig ist. Es ist das Thema Bahnflächen und die Schnelligkeit der Entwicklung von Bahnflächen angesprochen worden. Sie alle, die Sie hier sitzen, wissen, dass die Bahn ein schwieriger Kunde ist. Das ist ja nicht erst seit gestern so, sondern schon seit langer Zeit. Ich glaube aber, dass insbesondere der Bahnflächenfonds doch dazu beigetragen hat, hier die Entwicklung zu beschleunigen. Selbstverständlich muss immer wieder mit den Damen und Herren von der Bahn geredet werden und immer wieder auf die Verantwortlichkeit der Bahn für die Innenentwicklung hingewiesen werden. Sie haben das Beispiel Dortmund angesprochen. Wenn Sie durch Düsseldorf fahren, finden Sie mitten in der Stadt eine riesige Fläche, die einen immensen Wert hat und auf der Sie in Düsseldorf eine Entwicklung anstoßen können, die für die Stadtentwicklung,

glaube ich, von besonderer Bedeutung wäre und die die Freiflächeninanspruchnahme nicht nur in Düsseldorf, sondern in der Peripherie rundherum, doch nicht unerheblich bremsen könnte und deshalb ist es so wichtig, diese Bahnflächen, die häufig wirklich im Herzen der Städte gelegen sind, zu reaktivieren für die Inanspruchnahme. Daran arbeiten wir, wir führen Gespräche mit der Bahn. Ich denke, dies ist aber auch eine Aufgabe, der sich das MBV doch ganz erheblich gestellt hat. Hier brauchen wir gegebenenfalls auch – und das gilt auch für die Industriebrachen – andere Finanzierungsinstrumente, dies hatte ich ja schon angesprochen. Es ist von Ihnen gefragt worden, ob unser Instrument ein „zahnloser Tiger“ ist. Überzeugung zu wecken ist nie ein „zahnloser Tiger“, sondern darauf kommt es letztlich entscheidend an. Ich habe festgestellt – ich habe mich ja auch in der Vergangenheit schon einmal literarisch zu diesem Thema geäußert – dass die schönen, hehren Grundsätze „mit Boden ist sparsam umzugehen“ eigentlich relativ wenig gebracht haben, weil in der Abwägung die Punkte, die nicht einen besonders hohen rechtlichen Stellenwert haben, wie etwa der Naturschutz und andere, immer hinten herunter fallen. Sie fallen dann nicht hinten herunter, wenn man tatsächlich das Bewusstsein für dieses Thema stärkt und das ist unser Ziel und ich glaube, dies ist ein guter und erfolgversprechender weiterführender Ansatz.

Frau Weiß, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Schink. „Das Bewusstsein stärken“, dem können wir uns ja alle nur anschließen, das finde ich erst einmal von der Argumentation her sinnvoll. Kommunikation ist sozusagen der Weg, der auf jeden Fall sinnvoll ist, aber Sie sind ja nicht nur heute hier, um literarische Stellungnahmen abzugeben, sondern Sie sind Staatssekretär einer Landesregierung und von einer Landesregierung erwarte ich natürlich auch Vorgaben und die Übernahme der Verantwortung, dass die anvisierten Ziele auch erreicht werden. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass der Flächenverbrauch pro Tag reduziert werden muss, da sind wir völlig im Konsens. Wenn 2020 5 bis 7 ha täglich erreicht wird, denke ich auch, ist das schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung, nichts desto trotz werden wir früher oder später wieder zu dem „Nullsummenspiel“ kommen müssen und darauf bezieht sich auch meine erste Frage: Vielleicht habe ich es übersehen, aber werden denn auch Statistiken über die entsiegelten Flächen erhoben, sprich, wir können ja auch nicht mehr gebrauchte Parkplätze oder andere Flächen entsiegeln und in dem Sinne nicht unbedingt einer neuen Nutzung zuführen, sondern als Freiflächen auch rekultivieren, insofern sie „giffrei“ sind, also keine Altlasten haben. Da wollte ich fragen, ob es dazu etwas gibt und wie sehen Sie in Ihren Konzepten den Stellenwert der regionalen Grünzüge? Die werden ja immer einmal wieder auch kritisch diskutiert im Sinne eines Instruments von gestern. Halten Sie dieses Konzept immer noch für sinnvoll und werden Sie das auch weiter sozusagen für dieses Flächenmanagement als ein Bestandteil mit in die Diskussion nehmen? Die Forderung von Herrn Knieling, die Brachen noch schneller wieder nutzbar zu machen, kann ich nachvollziehen, aber die Flächen im

Ruhrgebiet sind ja in der Regel auch mit Altlasten belastet und da braucht es natürlich Geld und vor allen Dingen auch Zeit, um die Analysen zu machen und die richtigen Sanierungswege zu finden. In Bezug auf Ihre Ausführungen zur Gemeindefinanzierung möchte ich Ihnen doch widersprechen und eigentlich Herrn Dücker folgen. Es ist ja nun einmal leider so, dass im Ruhrgebiet die finanzklammen Kommunen sind und da muss sich etwas tun aus meiner Sicht. Es kann nicht sein, dass eine Kommune wie Bochum letztlich dann in der Weltwirtschaftskrise von Opel abhängig ist, dass die Gewerbesteuer und die Arbeitsplätze bleiben. Da muss gegengesteuert werden und wir haben doch auch im Verhalten der Bundesregierung und auch der Kanzlerin gesehen, dass sehr schnell ein großer Schutzschirm für die Banken aufgebaut worden ist und Gelder zur Verfügung gestellt worden sind, um Not leidende Banken oder jetzt auch teilweise Industriebetriebe vor dem Zusammenbruch zu retten und ich denke gerade, da wir ja in der Weltwirtschaftskrise sind, ist es vielleicht ja auch möglich, Dinge, die man erst einmal für unmöglich hielt, jetzt doch neu zu denken und neu abzuwägen. Und in Bezug auf die Gemeindefinanzierung, denke ich, ist es jetzt Zeit, neue Schritte zu gehen und sich diesen Problemen auch zu stellen.

Herr Hansen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Dr. Schink, ich glaube, Sie haben gemerkt, dass man in den Grundsätzen hier nicht wirklich weit auseinander ist, dass man also die grundsätzlichen Überlegungen in allen Fraktionen teilt, weil sie auch in die richtige Richtung weisen. Nichts desto trotz gibt es natürlich von unserer Seite da ein relativ großes „Aber“ und ich möchte das einmal ganz konkret an einem Punkt fest machen und zwar am Gewerbegebiet „Ostheldener Höhe“ im Bereich der Gemeinde Wenden/Kreuztal. Ich möchte es einfach an dieser Stelle begreifen, was Ihr konkretes Handeln wie beeinflusst hat, denn wir haben eine erste Stellungnahme der Landesregierung, Ihres Hauses, dazu, das an rund einem Dutzend Punkte fest gemacht hat, warum diese Fläche sich nicht für eine solche Nutzung eignen würde, von wirklich ganz konkreten Schwierigkeiten, die sich aus einzelnen Spezialgesetzen ergeben haben bis hin zu wirklich größeren Betrachtungen, was die demographische Entwicklung und ähnliches angeht. Und dann – ich kenne ja auch das große Verhandlungsgeschick unseres Vorsitzenden und anderer, die daran beteiligt waren – ist für uns zumindest nicht nachvollziehbar, ist es da zu einem grundsätzlichen und, wie wir finden, radikalen Sinneswandel in der Landesregierung gekommen, so dass wir also heute vor dem Punkt stehen, dass wir diese Flächen dann vorbehaltlich gewisser Auflagen doch durch den Regionalrat dieser gewünschten Nutzung zuführen können. Wenn Sie dieses Procedere erläutern könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Herr Melcher, Kreisdirektor Kreis Olpe:

Gestatten Sie mir eine Anmerkung an einen Vertreter des entsprechenden Landesministeriums. Verfolgt das Land die Vision des ländlichen Raumes, dass den ländlichen Raum als

Freiraumfläche für den städtischen Bereich sieht, dort wo also letztendlich Erholung und Landwirtschaft stattfinden und alles schön grün bleibt oder wird den Realitäten entsprechend eine andere Vision verfolgt? Ich spreche jetzt einmal für den Kreis Olpe: Wir sind prozentual betrachtet der industriestärkste Raum in Nordrhein-Westfalen und das gilt im Übrigen für Gesamtsüdwestfalen. Wenn man den Realitäten Rechnung tragen will und auch eine Zukunft des ländlichen Raums im produzierenden Bereich sehen will, muss man zur Kenntnis nehmen, dass damit ein weiterer Ressourcen- und auch Flächenverbrauch, Herr Hansen, in Verbindung steht und zur Folge hat. Deswegen muss man ganz klar auch sagen, eine Vision, die den ländlichen Raum als Industrieraum betrachtet, muss auch zugestehen, dass es nach wie vor Flächenverbräuche geben wird und zwar auch auf der „Grünen Wiese“ und da bitte ich auch um entsprechende Städtebauförderungsmittel.

Herr Staatssekretär Dr. Schink:

Lassen Sie mich mit dem anfangen, was Herr Melcher gerade gesagt hat und was sich ja deckt mit dem, was ich eben noch einmal ausgeführt habe. Ein „Nullsummenspiel“ ist nicht unsere Intention, sondern eine regionale, aber auch lokale Betrachtung der jeweiligen Bedürfnisse ist das Ziel, das wir auf den Weg bringen wollen und innerhalb des Rahmens 5 bis 7 ha bis 2020, glaube ich, ist eine solche regionale und lokale Betrachtung möglich. Der ländliche Raum, Herr Melcher, ist für uns nicht Reservefunktion für die Ballungsräume, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Das könnte ich ja, der ich früher den ländlichen Raum vertreten habe und heute im Ministerium arbeite, das auch für die Landwirtschaft und den Naturschutz gerade für den ländlichen Raum zuständig ist, schon sowieso nicht sagen, sondern der ländliche Raum hat das gleich große Gewicht wie die anderen Räume auch. Sie können dies daran sehen, dass das EFRE-Programm, also die alte Ziel 2-Förderung, nunmehr auf das gesamte Land ausgedehnt worden ist und daran können Sie sicherlich auch einen Sinnungswandel durch die neue Landesregierung in diesem Bereich festmachen. Also von daher ist eine differenzierte Sichtweise angezeigt. Gerade in Südwestfalen ist es ja so, dass wir dort eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung haben, das gilt auch für Ostwestfalen, das Münsterland und manche Bereiche des Rheinlandes und dieser dynamischen Entwicklung müssen wir dann auch im Bereich der Flächennutzung Rechnung tragen. Häufig ist es dann auch so, dass keine Brachflächen verfügbar sind, auf dieses Thema ist ja auch schon hingewiesen worden und das ist eine sehr unterschiedliche Sichtweise und Vorgehensweise. Herr Hansen, Sie haben nach dem Thema „Ostheldener Höhe“ gefragt. Da ist es in der Tat so gewesen, dass die Landesregierung – da kann ich nicht nur für unser Haus sprechen, sondern es ist auch das für die Landesplanung zuständige Wirtschaftsministerium gewesen – Bedenken gehabt hat gegen die Ausweisung dieses Gewerbegebietes „Ostheldener Höhe“. Herr Droege weiß das und Herr Diegel zur Genüge. Wir haben dann seinerzeit an die Bezirksregierung und den Regionalrat einige Fragen gestellt und um Aufklärung über bestimmte Punkte gebeten.

Dabei ging es insbesondere um die Frage, welche Alternativen für diese Entwicklung zur Verfügung stehen. Es ist dann im Ergebnis – ich will auf die einzelnen Punkte, Flächen und Argumente, die hier hin und her gegangen sind jetzt nicht weiter eingehen – zur Überzeugung aller Folgendes festgestellt worden: 1. Es gibt einen Bedarf in Südwestfalen für diese Gewerbeflächen. Ich denke, das ist hier im Regionalrat auch unstrittig gewesen. 2. Eine Alternative, die diesen Bedarf hätte abdecken können, ist dort nicht vorhanden. Vor diesem Hintergrund haben wir uns dann dafür entschieden, diese Fläche auch tatsächlich auf den Weg zu bringen und zu genehmigen. Ich glaube, wir haben es uns dabei alle nicht leicht gemacht, sondern es ist eine Umweltprüfung für diese Fläche durchgeführt worden, es sind Alternativen untersucht worden und letztlich ist dann in einem sehr intensiven Diskussions- und Entscheidungsprozess die Entscheidung herausgekommen, diese Fläche, die sicherlich nicht eine integrierte Fläche ist, für eine solche gewerbliche Nutzung zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, das wird es auch in Zukunft geben. Ich habe nicht gesagt, wir werden überhaupt keine Flächen zur Verfügung stellen, sondern ich habe gesagt, wir müssen den Flächenverbrauch reduzieren und es ist notwendig, regionale und lokale Betrachtungen anzustellen und die Frage des Bedarfs selbstverständlich auch genau zu prüfen. Das ist in der Region mit Ihnen gemeinsam geschehen und von daher glaube ich nicht, dass dies eine grundsätzliche Abkehr ist, sondern das ist eine Einzelfallentscheidung, die in das System hineinpasst, das wir uns vorgenommen haben und die, so finde ich, sehr verantwortungsvoll getroffen worden ist. Es gibt auch andere Flächen in anderen Regionen Nordrhein-Westfalens, wo wir ähnliche Probleme hatten und letztlich in einer Einzelfallentscheidung dafür gestimmt und genehmigt haben, eine solche Flächeninanspruchnahme auf den Weg zu bringen. Eine Statistik über entsiegelte Flächen, Frau Weiß, gibt es aktuell nicht, diese Statistik wäre auch nicht besonders umfangreich gefüllt. Ich denke, dies ist ein Thema, das wir auch gemeinsam angehen müssen und das auch in den städtischen Entwicklungsprozessen und bei der Verkehrswegeplanung eine erheblich höhere Bedeutung haben sollte und müsste. Es ist ja von Rückbau gesprochen worden, dieser Rückbau betrifft nicht nur Gebäude, sondern er betrifft auch Flächen, die anders, etwa als Lagerplätze, Parkplätze oder versiegelte Flächen in Anspruch genommen worden sind. Dies ist sicherlich ein wichtiges Thema. Noch wichtiger als die Entsiegelung ist aber, dass die brachgefallenen Flächen einer neuen Nutzung zugeführt werden und ich denke, darin liegen die größten Chancen und Optionen. Regionale Grünzüge sind für unser Haus nach wie vor sinnvoll, wir werden im Bereich der Neuaufstellung des LEP diese Frage dann mit dem Wirtschaftsministerium und den beteiligten Interessengruppen sicherlich noch einmal zu diskutieren haben, aber ich glaube, dass gerade regionale Grünzüge als die Bereiche, die Biotopnetzwerke beinhalten, weiter landesplanerisch gesichert werden sollten und müssen. Ich denke, das waren so ungefähr die Fragen, die wir haben. Sie haben den Schutzschirm für die Kommunen angesprochen, da bitte ich jetzt um Verständnis, dass ich zwar Mitglied der Landesregierung bin, aber aus dem Umweltministerium und aus meiner ehemaligen kommunalen

Vergangenheit mich jetzt nicht zu diesem Thema äußern möchte. Die Finanzprobleme der Städte insbesondere im Ruhrgebiet sind der Landesregierung sehr bewusst und ich denke, dass sich die Landesregierung auch verantwortungsvoll diesem Thema widmet und ich glaube, dass Sie auch alle wissen, welche Entscheidungen zu welchen Themen aus dem Innenministerium getroffen worden sind. Sie haben das ja auch für die Stadt Hagen angesprochen, das könnte man für andere Städte sicherlich auch machen und ich denke, das ist ja nicht unser Thema heute, sondern das ist ein Thema, das in anderem Rahmen diskutiert werden sollte.

Herr Regierungspräsident Diegel:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich sage das jetzt hier einmal ganz offen in Richtung der Stadt Hagen, aber insbesondere des Vertreters, der sich dazu gerade auch gemeldet hat, und insbesondere auch der Partei: Ich finde es schon nicht ganz redlich mit solch einer Forderung hier zu erscheinen. Erstens, Herr Staatssekretär hat es angesprochen, alle kommunalpolitischen Spitzenverbände, die dazu angesprochen sind oder dazu aufgerufen wären, erheben in puncto auf eine Umverteilung der entsprechenden Gemeindefinanzierung überhaupt keine Vorschläge und keine Initiative. Dann sich hier hinzustellen und zu erklären, „jetzt klagen wir aber an“, ist nicht redlich. Zweiter Punkt, Sie gehören einer Fraktion an, der, wenn mich nicht alles täuscht, sowohl der Staatssekretär im Innenministerium als auch der Innenminister angehören, und ich finde es schon erstaunlich, solche Dinge hier anzusprechen. Fahren Sie doch nach Düsseldorf und tragen Sie es Ihrem eigenen Parteifreund vor, dann kommen Sie vielleicht ein Stückchen weiter. Dritter Punkt, und da wird es dann wirklich ernst, und das geht uns dann leider hier wieder alle an: Wenn es Städte in diesem Lande gibt – und das ist in unserem Regierungsbezirk jedenfalls ganz offensichtlich im nächsten Jahr der Fall – die in der Tat in einer Haushaltsnotstandssituation sind, wie wir sie alle nicht haben wollen – im Privaten würden wir sagen insolvent – dann kann die ganze Geschichte ja nicht so funktionieren, wie die Stadt Hagen sich das vorstellt, indem sie erklärt, „passt einmal auf, wenn wir nicht mehr genug Mittel haben, dann finanziert der ländliche Raum, d. h. diejenigen, die gut finanziert haben, uns möglicherweise unsere Schulden“, denn das wäre der Mechanismus, der ausgelöst werden würde nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Das geht nicht und darüber haben wir auch als Kommunalaufsicht unter anderem zu wachen. Nun zu dem anderen Punkt, den Herr Schink angesprochen hat und der ja wohlweislich von Herrn Hansen auch ganz anders hier angesprochen worden ist. Seien wir doch einmal ehrlich, worum es hier geht. Herr Pendzich hat das ja auch durchklingen lassen, auch wenn mich so ein bißchen der „zahnlose Tiger“ gestört hat. Herr Pendzich, wenn ich jetzt noch Abgeordneter wäre, würde ich Ihnen gerne etwas dazu sagen, wer sich wo die Zähne ausgebissen hat, denn es gibt keine Unterschiede zwischen dem, was wir von Seiten der Landesregierung und Herrn Schink hören und dem, was wir uns so vorstellen; da sind wir sehr, sehr einig. Deswegen finde ich es

auch nicht redlich, jetzt dieses Thema „Ostheldener Höhe“ in einer Form hochzuziehen, nach dem Motto, als ob das etwas Schlechtes wäre. Ganz im Gegenteil, ich möchte das jetzt einmal ausdrücklich hier betonen und mich auch ausdrücklich bedanken, in diesem Falle bei zwei Personen: Als Erstes bei Herrn Staatssekretär Schink, der uns in diesem gesamten Verfahren, das kein einfaches Verfahren war, immer konstruktiv zur Seite gestanden hat. Er hätte es nämlich ganz anders händeln können und er hat es immer konstruktiv begleitet, weil er sehr wohl den Unterschied kennt zum Beispiel zwischen der Region des Mittelrheins, dort, wo keine Bäume mehr stehen und quasi nichts mehr ist und da, wo es tatsächlich Bedarfe gibt und wir möglicherweise in einer Alternativenprüfung auch keine Alternativen sehen. Also, Argumenten zugänglich zu sein, denke ich, ist ein gutes Attribut und deshalb, lieber Herr Schink, ganz, ganz herzlichen Dank für diesen Einsatz und vor allen Dingen in diesem Falle auch für die „Ostheldener Höhe“. Das ist ein wichtiges Signal, das ist nämlich genau das wichtige Signal, das Herr Melcher eingefordert hat, in diesem Fall ja nicht nur für Olpe, wenn ich das sagen darf, sondern für den gesamten ländlichen Raum. Herr von Buchwald nickt gerade, dieser Richtung müssen wir uns zuwenden und nicht dem, was da möglicherweise zwischendurch kam. Noch ein wichtiger Punkt: Die zweite Person, bei der wir uns, denke ich, alle bedanken sollten, wirklich stellvertretend, ist der Vorsitzende selbst. In einem unglaublichen Einsatz, auch persönlichen Einsatz, ist es ihm gelungen, was die Region dort hinten artikuliert hat, und ich möchte daran erinnern: Arbeitnehmer, Kirchen, Gewerkschaften, SPD, CDU, FDP, Landrat, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, alles, was dort politisch Rang und Namen hatte, hat sich für diese „Ostheldener Höhe“ eingesetzt, und Herr Droege hat das wirklich in einem ganz tollen persönlichen Kraftakt und mit einer tollen Reputation eines Regionalratsvorsitzenden so auf den Weg gebracht, dank der Unterstützung auch von Herrn Schink, dass das auch ein Erfolg wurde. Da gehört einmal ein Dankeschön daher und nicht immer nur blöde Kritisierung.

Herr Droege, Vorsitzender des Regionalrates, CDU-Fraktion:

Ich würde jetzt gerne in Anbetracht der Zeitplanung vorschlagen wollen, die Diskussion zu beenden. Ich sage nur eines anknüpfend an den letzten Punkt: Jetzt geht es vor allen Dingen darum, dass man kommunale Hausaufgaben erledigt und die Perspektiven, die man in dieser Region jedenfalls für die nächsten 15 Jahre erarbeitet hat, im dann hoffentlich regionalen Konsens weiter festigt und entsprechend ausbaut. Wenn gegenwärtig die wirtschaftliche Situation nicht so ganz ersprießlich ist wie noch vor vielleicht 6 Monaten, denke ich, besteht damit eben auch der Spielraum, Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen, damit man dann, wenn es wieder wirtschaftlich vorwärts geht, entsprechende Angebote machen kann und nicht mehr eine Entwicklung fortgesetzt werden muss, die darin besteht, dass starke Unternehmen, nämlich diejenigen, die expandieren und investieren, über die Landesgrenze verschwinden und in den letzten 3-4 Jahren mindestens mehr als 1.000 Arbeitsplätze mitgenommen haben. Wir

können als Region in unserem Beritt nicht damit leben, dass die Guten und Starken gehen und – das sage ich jetzt gar nicht defätistisch oder polemisch – am Ende die Sozialhilfeempfänger da bleiben, weil die nämlich nicht mobil sind und nicht mobil sein müssen und insofern damit auch eine Abwärtsspirale in der Entwicklung dieses Raumes nicht mehr gefördert wird. Ich glaube, dass wir dies ganz gut aufgestellt haben und bedanke mich natürlich meinerseits dafür, dass letztendlich nach einem wirklich mühseligen und schwierigen, aber dann auch nachvollziehbaren und nachhaltigen Diskussionsprozess dieses Ergebnis erzielbar war. Ich sehe jetzt auch keine weiteren Wortmeldungen mehr und bedanke mich für die interessante, sehr anspruchsvolle Diskussion, die wir heute Morgen auf Grundlage Ihres sehr anspruchsvollen Vortrags, Herr Dr. Schink, geführt haben. Ich hoffe Sie nehmen mit – die Bemerkung von Herrn Hansen fand ich eben gut – dass wir eigentlich in der Sache so schrecklich weit im Grunde nicht auseinander sind und ich denke auch, Sie können gewiss sein, dass wir bei den nächsten Planungsentscheidungen, die hier zu treffen sind, vor allen Dingen auch dann, wenn es um die Innenverdichtung, Wohnsiedlungsfragen und ähnliche Dinge geht – da glaube ich, hat man gute Chancen und die Zeit spielt in diese Richtung – auf zunehmendes Interesse und zunehmende Bereitschaft treffen, dass auch in der Kommunalpolitik hier offener und bereitwilliger gedacht und mitgespielt wird als das in der Vergangenheit der Fall war und eben nicht mehr der Ehrgeiz eines Bürgermeisters vor allen Dingen darin bestehen muss, möglichst viel neues Baugelände auf „Grüner Wiese“ zu entwickeln, abgesehen von den Infrastrukturkosten da hinterher. Diese Art der Wahlprogrammgestaltung muss der Vergangenheit angehören. Herzlichen Dank für Ihr Hiersein und gute Rückfahrt und Weiterfahrt zum nächsten Termin. Ich hoffe, dass wir in dieser Thematik so gesehen in mehrfacher Hinsicht im Gespräch bleiben. Alles Gute!



Allianz für die Fläche – der nordrhein-westfälische Weg

Dr. Alexander Schink

Arnsberg, 11. Dezember 2008



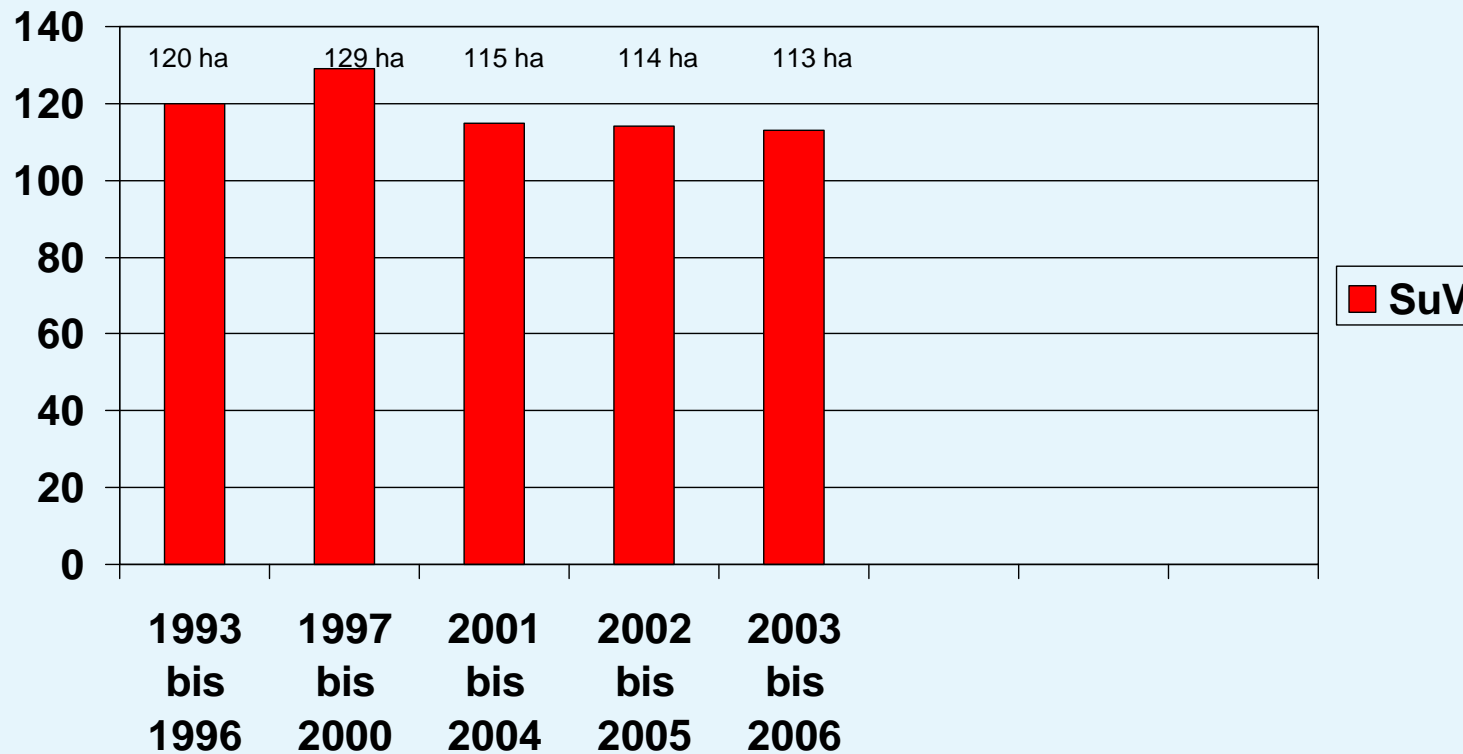
Die aktuelle Situation

- Die Flächeninanspruchnahme von
Freiraum für Siedlungs- und
Verkehrszwecke ist weiterhin zu hoch



Tägliche Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland (in ha)

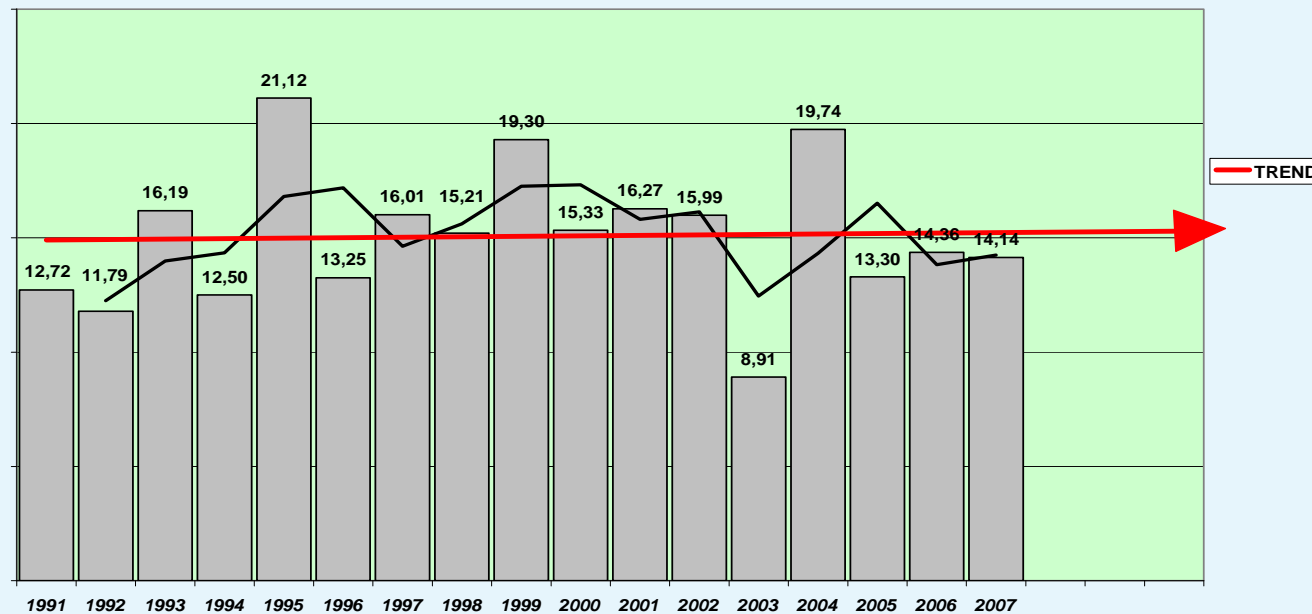
sowohl
im Bund





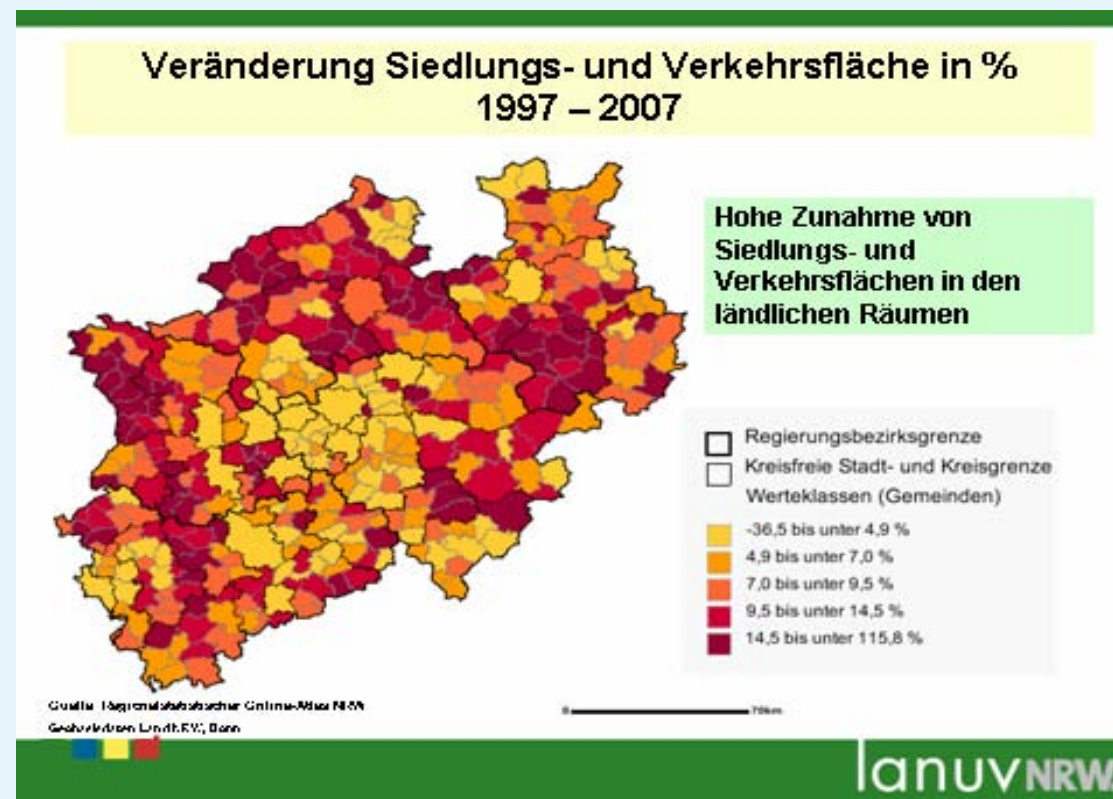
als auch in Nordrhein-Westfalen

Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in NRW [ha/d]





Regionale Veränderungen der SuV

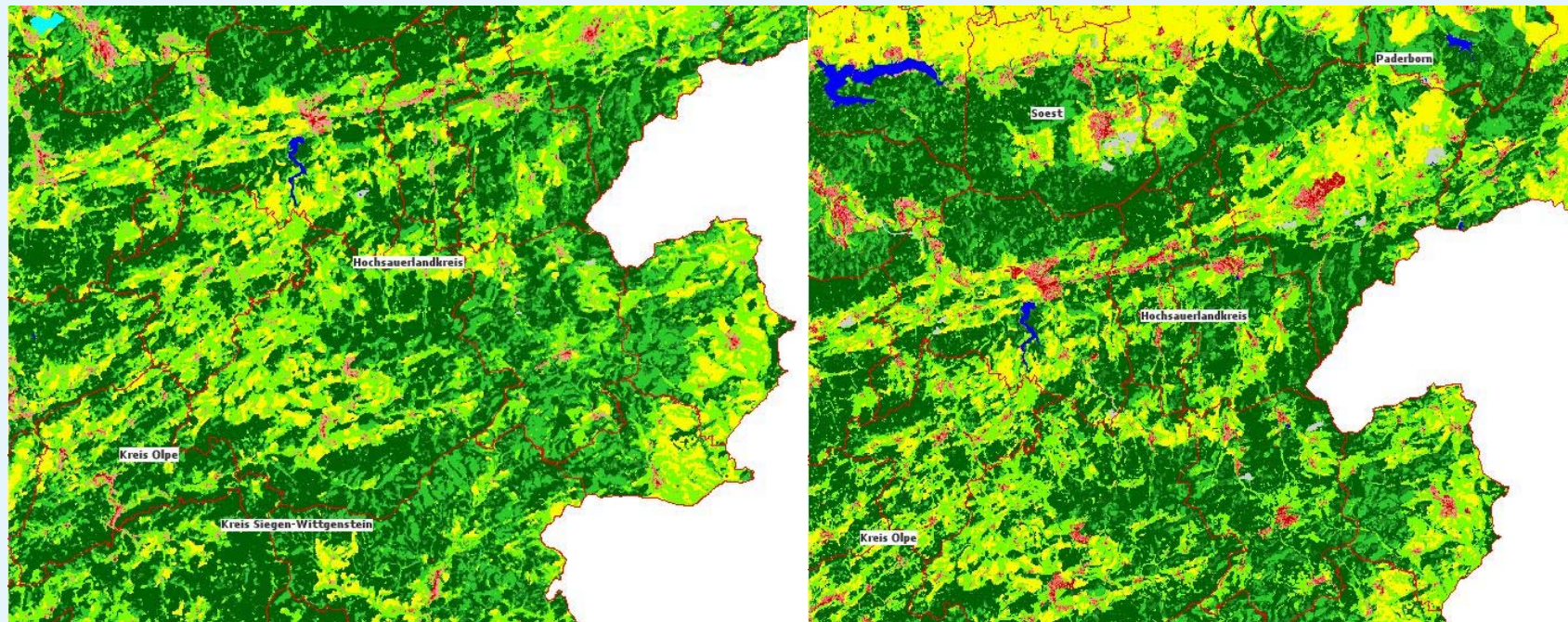




Hochsauerlandkreis

1975

2005

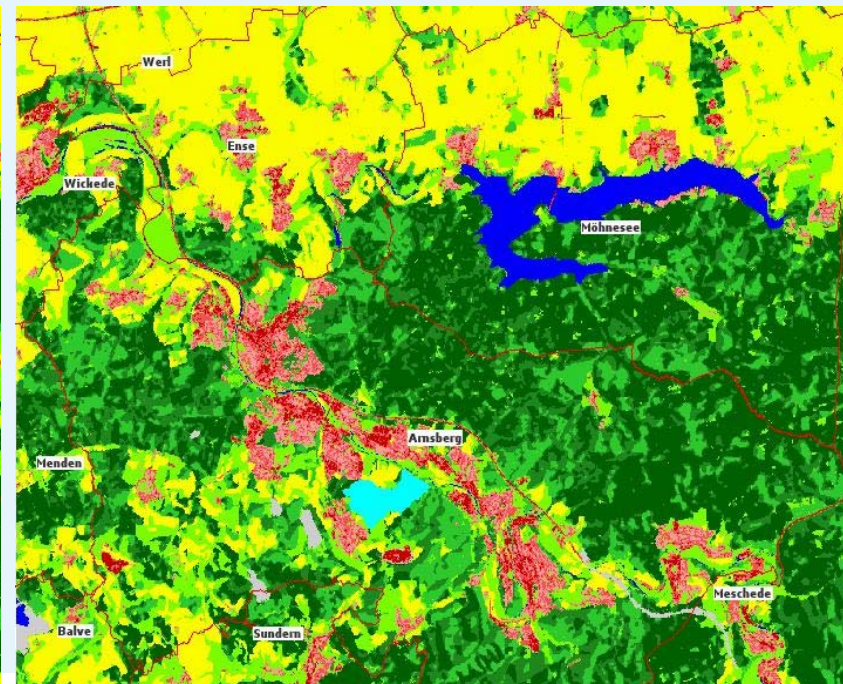
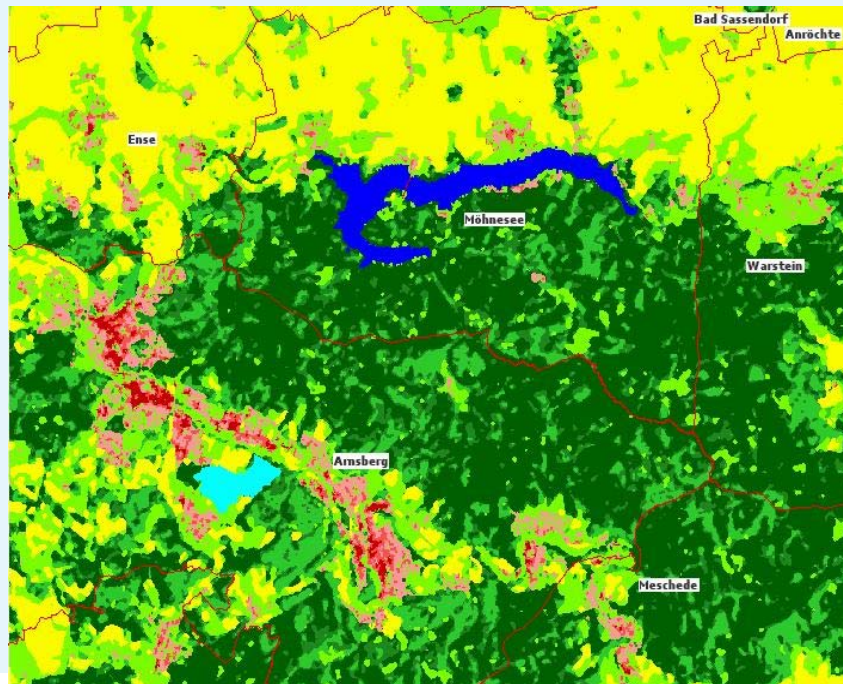




Arnsberg

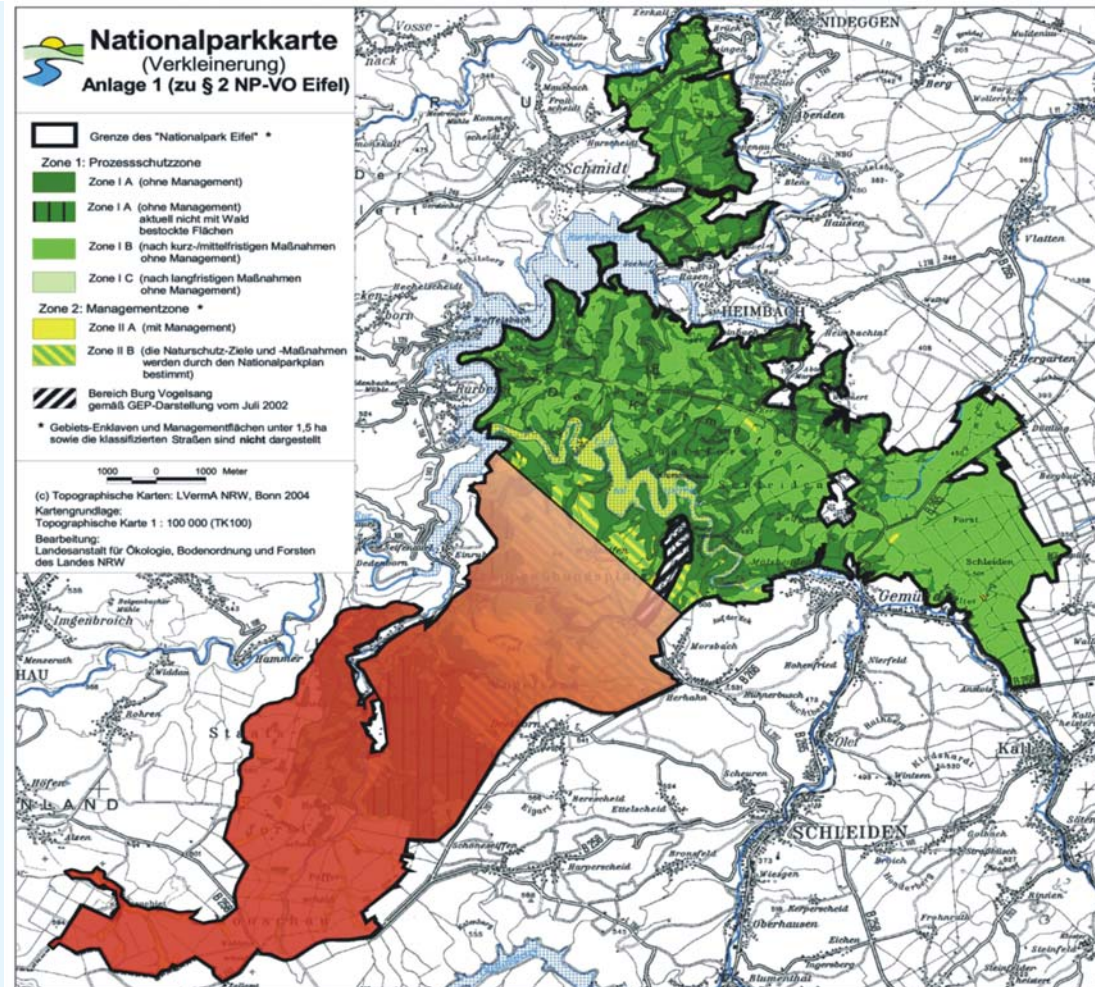
1975

2005





Jedes Jahr wird in NRW eine Fläche für SuV-Zwecke in Anspruch genommen, die halb so groß ist wie der Nationalpark Nordeifel!





Überhöhte Flächeninanspruchnahme führt zu ökologischen und ökonomischen Problemen





Ökologische Folgen

- Zerschneidung von Landschaften und Landschaftsbildern
- Beeinträchtigung und Zerstörung wertvoller Biotope und Lebensräume von Tieren
- Zerstörung der natürlichen Bodenfunktionen / Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Produktionsflächen
- Weniger Grundwasserneubildung, wachsende Hochwassergefahr
- Beeinträchtigung der Erholungsmöglichkeiten der Menschen
- Zusätzlicher Verkehr und vermehrte Luftschadstoffe durch weitläufige Siedlungsstrukturen – **Schädigung des Klimas**



Überflutung von Dortmund im Juli 2008





Zunehmend werden ökonomische Aspekte diskutiert:

- Bedeutet die Ausweisung neuer Siedlungsflächen immer ein Plus für die kommunalen Haushalte?
- Mit welchen Infrastrukturkosten belasten unterschiedliche Siedlungskonzepte mittel- und langfristig die kommunalen Haushalte?
- Wie wirkt sich die absehbare demografische Entwicklung auf Flächennutzung und Kosten der Infrastrukturerhaltung aus?



Der Demografische Wandel birgt erhebliche Kostenrisiken...

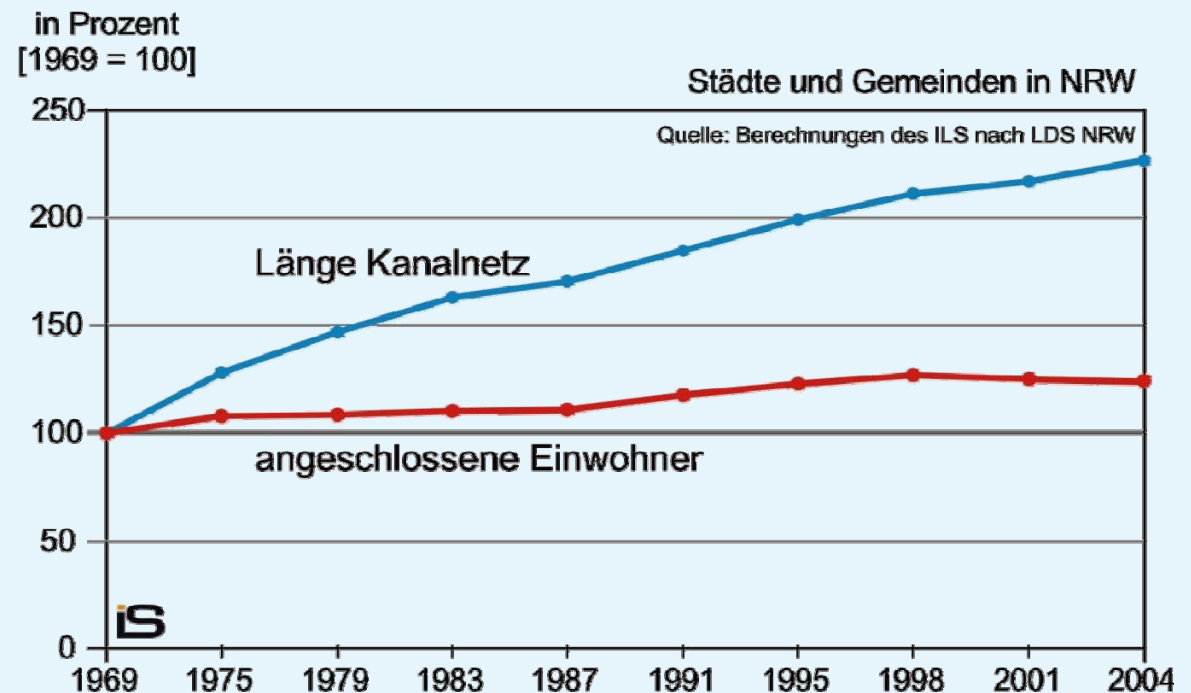
- Der Bevölkerungsrückgang ist in Nordrhein-Westfalen durch ein Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung gekennzeichnet; dies gilt auch innerhalb der Kommunen.
- Der Neuschaffung von Infrastrukturen und Siedlungsflächen steht kein entsprechender Rückbau gegenüber...



... die Belastungen für den Unterhaltung der Siedlungsstruktur erhöhen sich weiter!

Beispiel Abwasser:

Die Länge des Kanalnetzes und Anzahl der angeschlossenen Einwohner entwickeln sich immer weiter auseinander



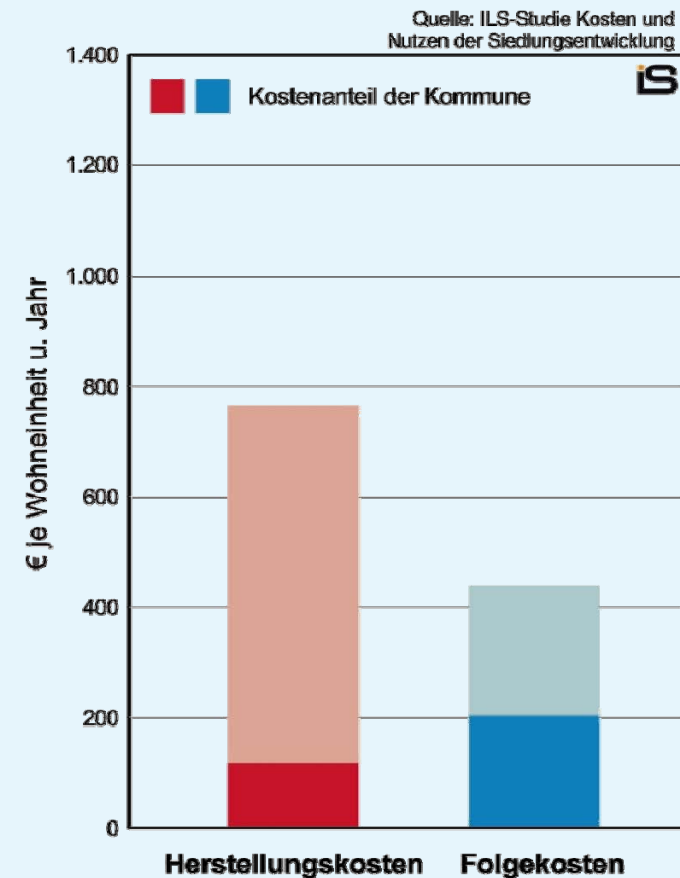


... Mit welchen Folgebelastungen ist zu rechnen?

Für die Kommune liegen die Folgekosten höher als die Herstellungskosten !

Hauptverursacher der Folgekosten in der ILS-Studie:

- Soziale Infrastruktur
- Entwässerung
- Grünflächen





Der nordrhein-westfälische Weg in der Flächenpolitik





Seit Mai 2006: die „Allianz für die Fläche in NRW“

- Fach übergreifend
- Dialog und Konsens orientiert
- Maßnahmen bezogen
- Etabliert und stetig wachsend

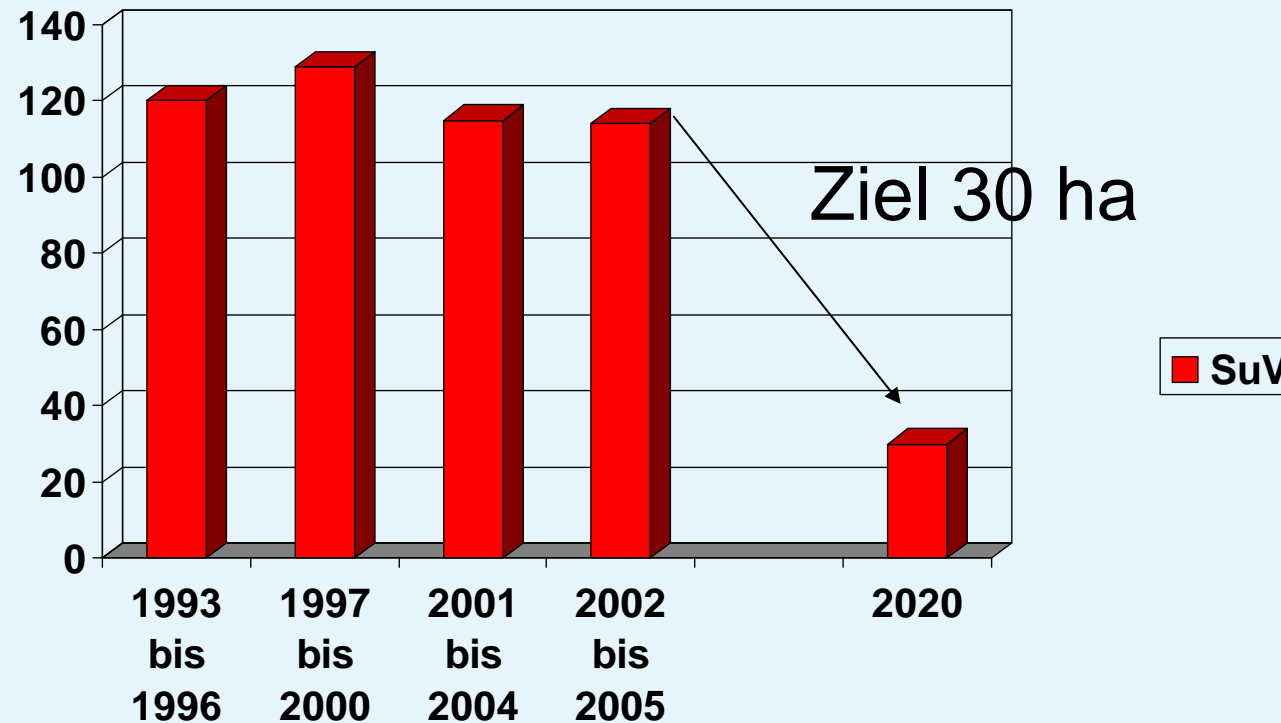


Ziele der Allianz

- ein strategisches effizientes Flächenmanagement,
- der Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung,
- die Wiedernutzung von Brach- und Altlastenflächen,
- die qualitative Aufwertung der Wohnstandorte im Innenbereich,
- der Schutz wertvoller oder empfindlicher Freiräume und Böden,
- die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für den Wert unzersiedelter Landschaften und unversiegelter Böden.



Der Bund hat (s)ein Zeichen gesetzt





Die Umweltministerkonferenz der Länder übernimmt auf NRW-Initiative das 30-ha-Ziel der Bundesregierung

- Auf Initiative von Minister Uhlenberg hat die UMK im November 2007 das Ziel des Nachhaltigkeitsrates und der Bundesregierung zur Senkung des Flächenverbrauchs (höchstens 30 ha täglich bis 2020) übernommen.
- Das bedeutet für NRW einen Zielwert von **maximal 5-7** ha täglich gegenüber derzeit ca. 15 ha im langfristigen Trend



Schritte des Landes

- In das Landschaftsgesetz ist die Natur-auf-Zeit-Regelung zur Stärkung der Wiedernutzung von Brachflächen eingeführt worden
- Eine interministerielle Arbeitsgruppe hat dem Kabinett im Juni 2007 den „Bericht zur Stärkung der Freiraumplanung“ vorgelegt
- Das MBV entwickelt eine neue Bodenfonds-Konzeption zur Stärkung des Flächenrecyclings



- MUNLV fördert die Entwicklung kommunaler Flächenmanagementsysteme.
In Arnsberg, Bottrop, Emsdetten und Minden arbeiten die Systeme bereits.
Die Ausweitung auf weitere 12 Kommunen ist erfolgt.
- Die Landesplanungsbehörde erarbeitet derzeit Strategien für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung für den neuen LEP 2025



Sparsame Flächenpolitik braucht einen Anwalt in der Region...

- Bedarfs- und umweltgerechte Flächenplanungen für Siedlung und Verkehr
- Konsequente Nutzung bestehender Innenentwicklungs- und Recyclingpotenziale vor der Darstellung neuer Siedlungsbereiche - **Flächenkreislaufwirtschaft**
- Förderung zukunftsfähiger regionaler und interkommunaler Kooperationen an integrierten Standorten



Die Kompetenz des Regionalrats ist gefordert !

- Schaffung regionaler Biotopverbundsysteme
- Flächensparende und integrierte Siedlungskonzepte
- Aufbau regionaler Flächeninformationssysteme (Flächenmonitoring)
- Standortalternativen sorgsam abwägen – die Umweltprüfung als Chance für nachhaltige und rechtssichere Lösungen begreifen
- Ausübung der **regionalen** Steuerungsfunktion gegenüber kommunalen Einzelinteressen



Regionale Flächenallianz im Kreis Borken



Region in der Balance

- Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken -

Der Kreis Borken ist eine vielfältige - insbesondere auch landwirtschaftlich geprägte - lebens- und lebenswerte Kulturlandschaft. Im Wortsinne auf dieser Basis präsentiert sich unser Kreis in allen Lebensbereichen als gelungene Symbiose von traditionsbewusster Bodenständigkeit und moderner Weltoffenheit. Gleichzeitig gilt er zu Recht als stark expandierender, dynamischer Wirtschaftsraum: Die weiterhin zunehmende Bevölkerung, eine ausgesprochen positive Gewerbe- und Industrielandschaft sowie eine leistungsfähige, wachstumsorientierte Landwirtschaft sind die Kennzeichen unserer Region.

Mit dieser Entwicklung einher geht allerdings eine weitere Inanspruchnahme von unbesiedelter Landschaft – ein bedeutsames, nicht vermehrbares und unverzichtbares Gut, das auch die Grundlage der Landwirtschaft im Kreis darstellt. Der vorsichtige und sparsame Umgang mit den unbebauten Arealen muss daher Gradmesser für die Realisierbarkeit von aktuellen und zukünftigen Planungen aller Art sein. Schließlich bildet unsere Landschaft für uns und die zukünftigen Generationen die natürliche Lebensgrundlage, vor allem als Raum für Natur sowie für Land- und Forstwirtschaft.

Die Kreisstelle Borken der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, der Kreis Borken und der Kreisverband Borken des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes unterstützen vor diesem Hintergrund die Initiative „Allianz für die Fläche“ des Landes Nordrhein-Westfalen und appellieren an alle, sorgsam und sparsam mit unserer Landschaft umzugehen. Dabei ist den Beteiligten bewusst, dass die Wirtschaftsentwicklung auch in Zukunft Flächen beanspruchen wird.

Wir wollen jedoch den Flächenverbrauch im Kreis Borken deutlich reduzieren. Dazu setzen wir insbesondere auf folgende Instrumente und Aufgabenbereiche:

- die Regional- und Landesplanung als übergeordnete Ebene für grundsätzliche Weichenstellungen zum Erhalt der unbesiedelten Landschaft mit ihren wertvollen Flächen für Natur sowie Land- und Forstwirtschaft,
- die kooperative Landschaftsplanung im Kreis Borken als konkretes Instrument zum Schutz von Natur, Land- und Forstwirtschaft,
- die kommunale Bauleitplanung mit dem Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung und der Aufwertung der Wohn- und Gewerbestandorte im Innenbereich,



Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Regionalrat des
Regierungsbezirks Arnsberg**

Peter Borgmann
Pol. Geschäftsführer

Tel. 0234-912 95 74
Fax 0234-916 03 06
Mobil: 0172-589 20 01
gruene-regionalrat@borgmanns.de

Diekampstraße 37, 44787 Bochum
Bankverbindung: Sparkasse Bochum
Kto.Nr. 146 45 85 • BLZ 430 500 01

Bochum, den 5.12.2008

Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Diekampstr. 37 - 44787 Bochum

Antrag zur Sitzung des Regionalrats am 11. Dezember in Arnsberg

TOP 5d: Investitionspakt – Programm 2008
- Information

Entschließungsantrag:

Der Regionalrat begrüßt ausdrücklich den von Bund und Ländern unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände beschlossenen Investitionspakt zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur.

Zustimmung besteht sowohl zu den Fördervoraussetzungen, entsprechend den Förderrichtlinien „Investitionspakt energetische Erneuerung sozialer Infrastruktur“ NRW und dem Erlass des Ministeriums für Bauen und Verkehr vom 30.6.2008, als auch zu Förderziel und Fördergegenstand.

Kritik besteht allerdings am Verfahren und an der Entscheidung über die Aufnahme der Anträge in die Förderung.

Der Regionalrat spricht sich mit Nachdruck für eine Budgetierung der Fördermittel für die Regierungsbezirke und für eine (nicht nur Kenntnis nehmende) Beteiligung der jeweiligen Regionalräte aus.

Nur durch eine aktive Beteiligung kann der Regionalrat als interkommunale Einrichtung seine Funktion als Mittler zwischen kommunaler bzw. regionaler Ebene und der Landesregierung ernsthaft und glaubwürdig erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen,

Werner Liedmann
Mitglied im Regionalrat Arnsberg
Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Borgmann
Fraktionsgeschäftsführer





SPD im Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg
M. Pendzich, Vorsitzender, Auf der Borg 25, 59494 Soest

Bezirksregierung Arnsberg
Geschäftsstelle des Regionalrates
Herr F.-K. Hellmann
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

Michael Pendzich

Vorsitzender
Auf der Borg 25
59494 Soest

michael.penzich@spd-regionalrat-arnsberg.de
www.spd-regionalrat-arnsberg.de

Geschäftsstelle
Gritta Goesmann
Ulricher Str. 26-28
59494 Soest
Tel: 02921 / 364725
Fax: 02921 / 15952

08.12.2008

Investitionspakt

Sehr geehrter Herr Hellmann!

Unter Einbeziehung des Antrags von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.12.2008 zu TOP 5d) schlägt die SPD-Fraktion vor, den Beschlussvorschlag zu diesem TOP wie folgt zu fassen:

1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat Arnsberg fordert die Landesregierung auf, die im Investitionspakt – Programm 2009 - zur Verfügung stehenden Mittel pauschal nach Einwohnerzahl den Bezirksregierungen zuzuweisen; über eine Verteilung der Mittel wird sodann – unter Beteiligung der Regionalräte – in den Regierungsbezirken entschieden.
3. Die im Rahmen des Investitionspaktes geförderten energetischen Maßnahmen verursachen bei den betroffenen Kommunen keine Folgekosten, sondern ermöglichen im Gegenteil nachhaltige Haushaltsverbesserungen. Nothaushalts-Kommunen sollte deshalb die Möglichkeit eröffnet werden, sich um entsprechende Fördermittel zu bewerben und ihren Eigenanteil über die erzielten Einsparungen abzutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Pendzich
Vorsitzender